

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
Einzelnnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Ernst Vossch,
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gepaltene Zeilen
Beilage 30 Pfg.
Verammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 20.

Berlin, den 6. Oktober 1901.

5. Jahrg.

Die Lage der städtischen Arbeiter von Dresden in offizieller Beleuchtung.

Wir sehen uns wiederholt veranlaßt, mit den verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter der Stadt Dresden zu beschäftigen. Neuerdings ist im statistischen Jahrbuch für Dresden Jahrgang 1900, eine Statistik über sämtliche städtische Arbeiter erschienen, die allerdings nur über Arbeitslohn und Arbeitszeit Auskunft giebt. Die hier gegebenen bezüglicher Zahlen beweisen nun schon, daß unsere wiederholt aufgestellten Behauptungen vollständig den Thatfachen entsprechen. Andererseits muß aber noch betont werden, daß die Statistik dieses und jenes verheimlicht, oder unrichtig darstellt, so daß sie die Lage der Dresdener Rathsarbeiter noch günstiger darstellt, als wie sie in Wirklichkeit ist.

Nach der Statistik beschäftigte der Rath in seinen sämtlichen Betrieben — außer der Druckerei — am 1. Februar 1901 insgesamt 2483 Arbeiter. Von diesen erhielten Lohn pro Stunde 37 M. 60 Pf., 10 M. 50 Pf., 1 M. 47 Pf., 1 M. 46 Pf., 55 M. 45 Pf., 134 M. 45 Pf., 42 M. 42 Pf., 10 M. 41 Pf., 65 M. 40 Pf., 13 M. 38 Pf., 35 M. 37 Pf., 47 M. 36 Pf., 105 M. 35 Pf., 65 M. 34 Pf., 162 M. 33 Pf., 838 M. 32 Pf., 325 M. 30 Pf., 1 M. 28 Pf., 14 M. 25 Pf. Weiter bekommen Tage lohn: 22 M. 6 M., 15 M. 5 M., 2 M. 4,25 M., 108 M. 4 M., 56 M. 3,60 M., 3 M. 3,50 M., 15 M. 3,40 M., 52 M. 3,20 M. und 227 M. haben einen Wochenlohn von 17,50 M., das macht für die Stunde 29 Pf. Daraus ergibt sich — die Tage- und Wochenlöhne in Stundenlöhne mit umgerechnet. — daß von den sämtlichen 2483 Arbeitern 500 einen Verdienst von 40 bis 60 Pf. pro Stunde haben, während der weitaus größte Teil, 1983, mit einem Stundenlohn bis höchstens 38 Pf., vorlieb nehmen muß. Von diesen 1983 müssen sich aber 1457 Arbeiter mit höchstens 32 Pf. pro Stunde begnügen. Drei Fünftel sämtlicher Rathsarbeiter bekommen höchstens einen Lohn, wie ihn jeder beliebige Handwerker auf dem Bau oder sonstwo mindestens bekommt, bei Hunderten von Arbeitern des Rathes ist der Lohn noch niedriger. Löhne von 40 bis 60 Pf. erhalten nur Portiere, Aufseher, besonders qualifizierte Arbeiter. Bei den unter 40 Pf. bezahlten befinden sich viele gelernte Arbeiter: Schmiede werden z. B. bis 36 Pf. herab bezahlt, Schlosser bis 33, Schneider mit 32, Maler mit 36, Stellmacher mit 34 Pf.

Die Arbeitszeit beträgt meistens 60 Stunden in der Woche, 10 Stunden am Tage. Es arbeiten aber 750 Arbeiter 9 Stunden pro Tag, 68 nur 8 Stunden, bei der Gartenverwaltung wird 8 1/2 Stunden gearbeitet. Andererseits müssen 647 Arbeiter in der Woche sieben Tage à 10 Stunden, oder pro Woche 70 Stunden arbeiten, und 14 bringen es sogar in sechs Tagen auf 84 Stunden, oder pro Tag auf 14 Stunden. Auch diese Arbeitszeit ist, wohl gemerkt, ausdrücklich als normale bezeichnet. Die Wächter im Tiefbauamt sind die Müllhaken, die 6 - 14 Stunden pro Woche arbeiten dürfen; 7 x 10 Stunden arbeiten: Straßenwärter, Melwärter im Tiefbauamt; Vorarbeiter, Pfahlarbeiter bei der Straßen-

reinigung; Dienarbeiter, Kofelöhner, Wächter in den Glasfabriken.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu diesen statistischen Angaben folgendes:

Die beim Rath beschäftigten Arbeiter sind meist Familienväter, und wenn man annimmt, daß für einen solchen in einer Stadt wie Dresden mindestens ein Lohn von 40 Pf. pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit zum Leben nötig ist, so kann sich jeder selbst ein Bild von der Lage der Dresdener Rathsarbeiter machen. Die Lohnsätze sind ausdrücklich als normale angeführt.

So zeigen auch diese Zahlen in ihren Einzelheiten ein trübes Bild, wenn man sie von dem Standpunkt aus ansieht, daß städtische Betriebe Mutterbetriebe in Bezug auf die Lage der Arbeiter sein sollen. Der Herr Statistiker, der diese Zahlen aufgemacht hat, scheint dies auch gefühlt zu haben. Darum hat er an das Ende noch eine Spalte gestellt, die offenbar noch einen besseren Gesamteindruck bewirken soll, denn zur Beurteilung der Sache an sich ist sie völlig überflüssig, daher irreführend. Am Kopf dieser Spalte steht nämlich: „Der häufigste wirkliche Verdienst eines (!) Arbeiters in einer (!) Woche“ (die Zeichen und Hervorhebungen sind von uns (D. K.)). Es ist da hinter jedem einzelnen Posten der Wochenlohn angegeben, und zwar, wie schon der Titel sagt, immer der irgend einmal von einem Arbeiter der Kategorie verdiente höchsten. Da kommt natürlich ein ganz anderes Bild heraus, als wenn man die einzelnen Stundenlöhne und die Arbeitszeit betrachtet! Da sieht man zum Beispiel, daß bei den Wächtern im Tiefbauamt ein Wochenlohn von 24,50 M. erreicht wird. Wer diese hohe Zahl von allein ansieht, muß natürlich denken: „Na, diese Leute stehen sich noch gar nicht so schlecht!“ Dabei müssen diese aber 81 Stunden pro Woche arbeiten, um jenen Verdienst zu haben. Es kommt aber noch besser. Bei den Vorarbeitern im Tiefbauamt ist z. B. angegeben: 6 x 9 gleich 54 Stunden Arbeitszeit, pro Stunde 36 Pf. macht nach Adam Riese einen Wochenlohn von 19,44 M., in der letzten der Beschönigungsspalte steht aber 20,52 M. Diese Summe kommt heraus, wenn man 3 Leberstunden (3 x 36 = 108) dazu rechnet!! Nehlich verhält es sich bei zwei Schlossern und einem Kesselschmied; es kommt da bei 60 Stunden à 35 Pf. 21 M. Wochenlohn heraus — angegeben ist aber 29,40 M. Diese Rechnung stimmt erst dann wieder, wenn man 24 Leberstunden à 35 Pf. = 8,40 M. hinzurechnet!! Es ist also ein Lohn von 84 Stunden als „häufigster“ Wochenlohn berechnet, obwohl nur die normale Arbeitszeit mit 60 Stunden angegeben ist. Das sind nicht die einzigen solcher Fälle.

Was mag sich der Statistiker bei Anwendung einer derartigen Methode wohl gedacht haben? Ist das etwas Anderes als dreiste Schönfärberei? Der kritische Beobachter dieser Angaben wird sich die Antwort sehr leicht geben können. — Weser wird die Sache des Rathes durch ein derartiges Verfahren jedenfalls nicht.“

Vertrauens der unrichtigen oder ungenügenden Angaben der Statistik müssen wir folgendes bemerken:

Erfstens ist die Arbeitszeit „unter 10 Stunden täglich“ nur für die Wintermonate zu verstehen. — Nicht etwa deshalb wird neun Stunden gearbeitet, weil man von der Nützlichkeit der verkürzten Arbeits-

zeit überzeugt ist, sondern weil die Natur — natürliche Tageshelle etc. — eine längere Thätigkeit nicht zuläßt.

Die Schaufelrührer z. B. arbeiten im Jahre 4 Monate à 9 Stunden täglich, 4 Monate à 10 Stunden und 4 Monate à 11 Stunden. Ihr Anfangslohn beträgt 3 M. pro Tag und steigt innerhalb 10 Jahre auf höchstens 4 M. — Betreffs der Straßenreiner ist in der Statistik ein Durchschnittslohn von 30 Pf. pro Stunde angegeben. Hierzu muß erwähnt werden, daß diese Kategorie mit 28 Pf. anfängt und erst nach 3 Jahren 30 Pf. erhält. — Auch die städtischen Arbeiter von Dresden werden nicht eher ein wirkliches menschenwürdiges Dasein erhalten, bevor sie nicht eine starke Organisation besitzen, welche die städtischen Behörden zum Nachgeben zwingt. Wir meinen mit dem „Zwingen“ keineswegs ein gewaltthames Vorgehen, sondern namentlich eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung dahingehend, daß die städtischen Behörden ihren jeglichen Standpunkt als unhaltbar aufgeben und dem Zeitgeiste Konzessionen machen müssen.

Freie Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs.

Sonntag, den 15. September, tagte die dritte Landeskonferenz von Morgens 10 Uhr ab im Gewerkschaftsraum in Stuttgart. Anwesend waren 16 Delegierte und zwar vom Ortsverein Stuttgart 7, vom Bezirksverein Ludwigsburg 2, Cannstatt 3, Ulm 3, Heilbronn und Göttingen je ein Delegierter. Die Tagesordnung lautete:

1. Thätigkeit und Kasienbericht.
2. Bericht der einzelnen Organisationen.
3. Stellungnahme zu den Forderungen für das nächste Jahr.
4. Die Ausgestaltung des Unterstützungswesens.
5. Beschlußfassung betreffs Anschlag an den Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter.
6. Neubildung der Verwaltung.
7. Berichtendes.

In das Bureau wurden folgende Kollegen gewählt: Hugo Gannstatt als erster Vorsitzender, Beck und König Stuttgart, erster als zweiter Vorsitzender, letzterer als Schriftführer. Kollege Altvater als erster Vorsitzender der Freien Vereinigung erstattete den Thätigkeitsbericht, aus welchem ersichtlich war, daß die Verwaltung keine Mühe und Arbeit scheut, um den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Den nachfolgenden Kasienbericht erstattete Kollege Rudolf.

Einnahme	532,10 M.
Ausgaben	454,39
Reich Kasienbestand	77,71 M.
Vorhandenes Material	48,07
Zusammen	125,78 M.
Schulden	100 —
Reich Kassa	25,78 M.

Aus dem Bericht der einzelnen Organisationen ist zu entnehmen, daß die Löhne seit dem vorigen Jahr keine wesentliche Aufbesserung erfahren haben. Die Löhne, die in den einzelnen Refektorien bezahlt werden, müßten geradezu als Hungerlöhne bezeichnet werden. Auch die Behandlung seitens der Vorgesetzten lasse viel zu wünschen übrig. Die Delegierten äußerten Wünschen wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Verschiedene Vorwürfe vom Kollegen Schärer-Gaiburg wies Kollege Altvater energisch zurück und bezeichnete dieselben als erfinden und unwahr.

Folgende Forderungen sollen demnächst den Behörden unterbreitet werden:

1. Acht Tage Sommerurlaub, wie ihn die Beamten auch haben.
2. Invaliden- und Rekruten-Versorgung.
3. Anstatt der Tagelöhne und Wochenlöhne zu zahlen, Kollege Beck stellt den Antrag, daß diejenigen Arbeiter, welche zwei Jahre bei der Stadt in Arbeit stehen, Anspruch auf Urlaub haben sollen; ebenso sollen dieselben Wochenlöhne statt Tagelöhne beziehen.

Da in Heilbronn noch die Schlußtage eintreten, so beantragt Kollege Stefan, dieselben wegzulassen zu lassen,

dafür soll aber alle 14 Tage gelöst werden. Weiter wünscht er, daß zur besseren Ausbildung und Verehrung der Kollegen ihrer Referenten bestellt werden. Kolle-Kollegen erwiderte in sachlicher Weise die Ernstigung und Entwicklung der Kas. f. geldzuschusskaffe. Da die Kas. enorme Ausgaben für Krankenunterstützungen zu bestreiten hätte, mußten die Beiträge erhöht resp. das Krankenzeld herabgesetzt werden. Die Kollegen der Filiale Stuttgart lehnten daher jede weitere Einzahlung entschieden ab. Es wurde beschlossen, am 27. eine Unterstüßungskonferenz einberufen zu lassen. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die diesjährige Verbandssitzung der Freien Vereinigung der sächsischen Arbeiter Württemberg's erfolgt im Prinzip mit der Ausgestaltung des Unterstüßungskonferenz einberufen. Wie dieses geregelt wird, ist jedem Teilnehmer überlassen.

Bei Punkt 5 entspann sich eine kurze Debatte und lief folgende Resolution ein, welche einstimmig angenommen wurde:

In Erwägung, daß die bis jetzt für Württemberg bestehende Organisationsform der losen Zentralisation sich als vollständig zweckmäßig erwiesen hat, beschließt die Konferenz nach wie vor an diesem System festzuhalten.

Die Neuwahl des Ausschusses wurde dem Ortsverein Stuttgart überlassen und sollen fünf Mitglieder gewählt werden.

Unter Verschiedenes wurde beschlossen, das Beitritts-geld von 1 Mk. auf 1,50 Mk. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Weiter wurde beschlossen, einen Delegierten zu dem Gasarbeiterkongress zu entsenden. Der Vorsitzende der Freien Vereinigung wies noch darauf hin, daß jeder Kollege sich der sozialdemokratischen Partei anschließen solle. Um 1/2 6 Uhr schloß Kollege G. Gamm die Konferenz mit dem Wunsch, daß die Freie Vereinigung blühen und gedeihen möge.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Siebig, Berlin S.**
Verbandsrat: **H. Siebig, Berlin S.**
Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Bruno Voersch, Berlin W. 3.**
Winterfeldstr. 25, Portal III. Sprechst. von 10-12 Uhr Vormittags. Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassierer: **V. Hoffmann, Berlin N. 58, Cressdammstr. 18.** Geschäftsführer der Krankengeld-Zuschusskaffe: **G. Gamm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.** Alle Korrespondenzen, Anträge etc., die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die Gewerkschaft und die Krankengeld-Zuschusskaffe bestimmt sind, nur an den Verbandskassierer zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Krankengeld-Zuschusskaffe gehen an **G. Gamm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.**

Geldsendungen für die Gewerkschaft gehen an **H. Siebig, Berlin S.**

Vorsitzender des Ausschusses: **V. Schulz, Berlin S.O., Gansherstraße 21.**

Versammlungen.

Breslau. Die hiesigen Gemeindeglieder hatten zu Freitag Abend eine öffentliche Versammlung in das Gewerkschaftshaus berufen, um über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den Gasanstalten beschäftigten Arbeiter zu beraten. Als Referent war der Verbandssekretär Bruno Voersch-Berlin erschienen. Er schilderte zunächst eingehend die Mißstände und überaus große Gesundheitsgefährlichkeit der Arbeit in den Gasanstalten und leitete daraus die Notwendigkeit guter Löhne und möglichst kurzer Arbeitszeit her. Hier sei die 8stündige Schichtdauer sicher am Platze und in der Tat sei man im Auslande längst so weit, z. B. in Frankreich, England, Dänemark, wo überall die Gasanstalten für den ununterbrochenen Betrieb 3 je 8 Stunden dauernde Schichten eingeführt haben. Redner schilderte eingehend die ihm aus eigener Anschauung bekannten trübseligen Betriebs-Einrichtungen der kopenhagener Gasanstalten. In Deutschland ist man leider noch lange nicht so weit. Nur Mannheim hat die Achtstundearbeit in den Gasanstalten eingeführt. Die vielen Mißstände, die in den deutschen Gasanstalten für die Arbeiter bestehen, haben dazu geführt, einen Gasarbeiterkongress zu berufen, der demnächst in Frankfurt a. M. tagen wird, um geeignete Maßnahmen für ein gemeinsames Vorgehen zu treffen. Redner geht dann zu einer Besprechung der speziellen Breslauer Verhältnisse über und stellt fest, daß in allen größeren Städten, wie in einer großen Anzahl kleinerer Städte höhere Löhne den Gasarbeitern bezahlt werden, wie in Breslau. Dabei sind die Lebensmittel z. in Breslau mindestens ebenso teuer, weshalb teurer wie in jenen anderen Städten. Redner verweist auf die Folgen schlechter Löhne, die ungenügende Ernährung, die Ursache vieler Krankheiten, die Herabsetzung des Familienlebens dadurch, daß Frau und Kinder mitarbeiten müssen zc. Unter diesen Umständen sei eine Bewegung der Gasarbeiter auch in Breslau nötig. Man solle nicht mit Dreck u. s. w. vorgeben, sondern sich zunächst mit einer Petition an die Behörden wenden. Besser wäre es, man solle die privaten Unternehmer und darauf hinweisen, daß Arbeiter genug auch für den niedrigeren Lohn zu haben seien. Aber solche Gründe hätten keine Berechtigung für sächsische Betriebe, die nicht ausschließlich auf die Erzielung hoher Profite angewiesen seien, wie die Privatunternehmer. Dann müßten die Arbeiter der sächsischen Betriebe an die öffentliche Meinung appellieren und die Antwort der sächsischen Behörden würde die eventuellen weiteren Maßnahmen

der Gesellschaft bestimmen. Redner schlägt vor, eine Kommission zu wählen, welche die Wünsche der Gasarbeiter zu formulieren und dann zur Beschlußfassung zu einer einstimmigen Versammlung vorzulegen habe. Vor allen Dingen aber sei eine Stärkung der bestehenden Organisation nötig, denn je fester dieselbe sei, um so mehr werde erreicht werden. (Beifall)

Zu der Diskussion wird die Anregung gegeben, die Wünsche zunächst den nächsten Vorgesetzten vorzutragen, dagegen werden jedoch gerechtfertigte Bedenken erhoben, da diese unteren Beamten doch nicht selbstständig entscheiden können. Es sollen die schriftlich formulierten Wünsche daher den betreffenden Herren Direktoren vorgelegt werden. Auch über die Kanalarbeitersinspektion werden Besprochenen laut. Bei schlechtem Wetter wird nicht gearbeitet und dann auch kein Pfennig gezahlt, weiter werden die Löhne oft sehr unregelmäßig gezahlt. Arbeitern, die zur Kontroll-Versammlung gingen, sind die dadurch verlassenen Stunden vom Lohn abgezogen worden zc. Nachschuß wird der Wunsch ausgesprochen, bald auch anderen Kategorien sächsischer Arbeiter Lohnaufstellungen zu beschaffen. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der verschiedenen Berufsarbeiter in den sächsischen Gasanstalten, wird gewählt. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

Die versammelten Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sind der U. bezugung, daß die Löhne, welche man ihnen gegenwärtig zahlt, als ungenügend bezeichnet werden müssen, namentlich ansehnlich der Thatsache, daß die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten immer mehr in die Höhe gehen.

Dabei rief sie an die zuständigen sächsischen Behörden das Verlangen, eine Aufbesserung der Löhne vorzunehmen zu wollen. — Um die vorhandenen Wünsche näher zu bestimmen, wird eine Kommission aus der Mitte der Versammelten gebildet, welche eine Eingabe ausarbeiten und einer später stattfindenden Versammlung zur näheren Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

Gömnitz. Am 20. September fand hier eine Versammlung der Gasanstalts-Arbeiter statt, die befriedigend verlief. Der Verbandssekretär Voersch sprach über: „Die Lage der Gasanstalts-Arbeiter und ist dieselbe verbesserungsbedürftig.“ Der Redner ging auch besonders auf die Verhältnisse der hiesigen Gasarbeiter ein und konstatierte, daß dieselben nicht nur vollkommen ungenügend, sondern auch erheblich niedriger als in den meisten großen Städten Deutschlands sind. In der darauf folgenden Diskussion wurde von verschiedenen Rednern noch eingehend auf die ungenügende Bezahlung der Gasarbeiter von Gömnitz hingewiesen und einige andere Dinge noch kurz kritisiert. Hierauf beschloß man eine Kommission zu wählen, welche eine Eingabe um Verbesserung der Löhne ausarbeiten und sie einer späteren Versammlung zur Beschlußfassung unterbreiten soll. Nachdem die Wahlen vollzogen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung am 18. September bei Schwann. Auf der Tagesordnung stand:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Beschlüsse.

Bei Eintritt in die Tagesordnung war der erste Punkt bereits erledigt. Ein besonderer Kartellbericht lag nicht vor.

Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag der Wilhelmbürger u. Beddeler Kollegen, dessen Inhalt dahin geht, daß dies noch veräußert sei, und wie es später doch in Sektionen teilen müßten, wo dann bezugsweise in Kategorien gearbeitet wird. Doch wird demnach der großen Abgegenwart seitens der Wilhelmbürger Kollegen deren Antrag fast ganz übersehen. Eine längere Besprechung folgte über den Fall Winter-Müller. Dieselben sind hiermit ausgeschlossen und werden weitere nötigen Schritte eingeleitet werden.

Als zweiten Schriftführer und Vertrauensmann für Pöbelstuf wurde Schönberg gewählt. Petreff des Gasarbeiter-Kongresses ist man der Ansicht, hierzu keine Stellung nehmen zu können, indem gerade das Großvermögen dem Verbande fernbleibt. Nach einer weiteren Debatte über die Fabrikarbeiter, anläßlich der Versammlung in Hamburg, erfolgte Schluß der Versammlung.

Magdeburg. Am 21. September 1901 tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Filiale I (Gasarbeiter) im Lokale des Herrn Winter, Magdeburgerstr. 80, mit folgender Tagesordnung: 1. Der Gasarbeiterkongress zu Frankfurt a. M., 2. Vorstandswahl, 3. Kartellbericht, 4. Regelung der Unterstüßung bei Todesfällen der Mitglieder oder deren Angehörigen, 5. Vorschläge zum Gewerbegerichtsbesitzer, 6. Vereinsangelegenheiten.

Im ersten Punkt nahm der Vorsitzende, Kollege Burtardt, das Wort und führte den Kollegen noch einmal in eingehender Weise den Wert und die Bedeutung des Gasarbeiter-Kongresses vor Augen, worauf folgender Antrag einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Bescheidung des Gasarbeiter-Kongresses einverstanden und verpflichtet sich, die Kosten so schnell wie möglich zu beden.“

Im zweiten Punkt, Vorstandswahl, legten Kollege Burtardt und Kollege Förster ihr Amt nieder und zwar mit folgender Begründung: Kollege Burtardt kaufte sich vor zwei Monaten ein Fahrrad, nun wurde von einem Kollegen das Gerücht verbreitet, der Kollege Burtardt fahre auf Kosten des Verbandes Rad, früher hätte er nicht gehabt und jetzt spiele er den „Gewollenen“. Kollege Burtardt forderte nun den Kollegen Feuer auf, welcher von den Kollegen der Gasanstalt den Auftrag erhalten hatte, dieses der Versammlung zu unterbreiten, sich seines Auftrages zu erledigen, welchem er auch nachkommt. Kollege Feuer schilderte nun, wie der Kollege Pechter diese beleidigenden Worte

gebraucht habe. Hierauf wurde der Kassier Förster aufgefordert, ob es an dem sei, daß er Geld zum Fahrrad gegeben habe, worauf Kollege Förster befuhr, daß noch nie der Vorliegende ihm überhaupt davon Mitteilung gemacht, daß er ein Fahrrad kaufen wolle und hätte er auch ganz selbstverständlich kein Geld von ihm verlangt. Auch könne die Versammlung ihm nicht zumuten, daß er zu diesem Zweck Geld hergeben hätte, da stände ihm seine Ehre viel zu hoch, sich solch ein Vergessen schuldig zu machen. Kollege Pechter meint, das Bild, was er jetzt gemalt habe von dem ausmüßigen Pechter laufe nur dahinaus, den Kollegen Burtardt in niederträchtiger Art und Weise zu verächtigen, und er fordere die Versammlung auf, um dem Vorliegenden die Ehre makellos zu erhalten, ihn wieder als Vorstehenden die Ehre beizubehalten. Sämtliche Kollegen, die sich an der Debatte beteiligten, betrachteten die Anschuldigungen von Kollege Pechter als einen Schurkenstreich. Hierauf stellte Kollege Pechel folgenden Antrag:

„In Anbetracht, daß es der Kollege Pechter nicht der Mühe wert hält, in der Versammlung zu erscheinen, sondern einem Kollegen den Auftrag erteilt, daß er seine Worte wieder zurücknehme, und er den Kollegen Burtardt für ehrlich erkläre, sei derselbe bezüglich der nächsten Versammlung einzuladen, um selbst in der Versammlung eine Erklärung abzugeben.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Bei der Wahl selbst wurde Kollege Burtardt einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt. Auch erklärte sich Kollege Förster wieder bereit, sein niedergelegtes Amt weiterzuführen. Beim dritten Punkt gab Kollege Burtardt den Kartellbericht, welcher von der Versammlung beifällig angenommen wurde. Punkt 4 wurde zurückgestellt und es bei der alten Unterstüßungsform belassen. Im Punkt 5 wurde Kollege Pechter als Gewerbegerichtsbesitzer vorgeschlagen. Im Punkt 6 führte Kollege Förster lebhaft Klage über die Saumlage der Mitglieder, welche es nicht mehr für nötig halten, die Versammlung zu besuchen. Auf Antrag des Kollegen Pechter wird beschlossen, einen Stempel anzuschaffen, und jedes Mitglied bekommt beim Besuch der Versammlung einen Stempel in das Buch, um eine genaue Kontrolle zu haben, welche Kollegen die Versammlung am meisten schätzen. Hierauf wird die außerordentliche Versammlung 11 1/2 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Merkmale der Redaktion. Es ist wirklich zu bedauern, daß oft soviel kostbare Zeit mit solchen Stänkereien unnütz vergeudet werden muß, wie der obige Versammlungsbericht und dieses wieder zeigt. Wir würden an denselben keine Bemerkung knüpfen, wenn nicht fortgesetzt, bald hier, bald dort, solche eintönen Versammlungen u. s. w. größere Differenzen zur Folge hätten. Immerhin gemutet man aus solchen Versammlungen die Lebensregung, daß in letzter Instanz nicht die Herrschenden, sondern leider die Arbeiter an ihrem Glücke selber schuld sind. Allerdings nicht alle; aber es giebt Elemente, die aus Standaludt, niedrigen Lohn zc. fortgesetzt Differenzen heraufschwürzen. Sie schädigen dadurch nicht nur die Organisationsarbeit, sondern auch indirekt, indem sie die der Bewegung fernstehenden Personen nur in ihrem Indifferentismus befestigen.

Mit diesen Elementen soll man kurzen Prozeß machen und ihnen die Föhre weisen.

Mainz. In einer am 8. September stattgefundenen Versammlung der sächsischen Arbeiter referierte Kollege D. Schäfer über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und der neue Sozialismus.“ Redner schilderte eingehend die Ursache und die Wirkungen der Krise, betont, daß nur ein Faktor mächtig sei, den Krisen, dem Kapitalismus überhaupt, Einhalt zu gebieten und das sei die moderne Arbeiterbewegung. Die Arbeiter seien auf sich selbst angewiesen und deren Zeit läge darum nur in der Organisation. Trotzdem die Krise Tausende von deutschen Familien betroffen habe, Tausende der Noth, dem Hunger und dem Elend preisgegeben hätte, hätte keiner der Herrschenden daran, den Arbeitern, die zur Zeit der wirtschaftlichen Aufschwüngen dem Unternehmertum unerschöpfliche Summen, ungenannte Millionen in Gestalt von Dividenden u. s. w. herauswirksamsten, behindert unter die Arme zu greifen. Das Gegenbild sei der Fall. Selbst die Regierung des deutschen Reichs, dem doch auch außer Großgrundbesitzer, Großindustriellen, Beamten und Generale zwölf Millionen Arbeiter angedröhnt nähme von der Krise resp. den Schäden derselben für die Arbeiterklasse keine Notiz; sie arbeite immer weiter darauf los, das deutsche Volk durch indirekte Steuern, die die Kosten für Militarismus, Marinismus, Kolonien, überhörschen Abenteuer, monumentale Baudenkmäler u. s. w. dede; müßten ganz dem wirtschaftlichen Ruin zu überantworten. Noch sei der Schaden nicht zu übersehen, die Krise unter der arbeitenden Bevölkerung angeht, die hat und noch anrichten wird, sei wiederum von der Regierung dem deutschen Volke eine neue Belastung präsentiert worden — der neue Sozialismus. Redner, der die einzelnen Positionen des Tarifs einer eingehenden Betrachtung unterzog, geißelte in scharfen Worten die Hungerpolitik Deutschlands. Seit der Jubiläumsvorlage sei kein gleich üblicheres Axtentat auf das deutsche Volk unternommen worden, wie es durch den neuen Sozialismusentwurf beabsichtigt wird. Und das Alles wegen einer Handvoll Zucker, jener Nachkommenschaft der mittelalterlichen Häupter, die man getrotzt mit dem Namen „Moderne Häupterbande“ belegen könnte, die noch viel raffziger und egoistischer seien als die Äonen, nur mit dem Unterschiede, daß diese den Raub selbst persönlich ausübten, während die „modernen“ diese Arbeit dem Vater Staat überließen.

Enormer Schaden entsteht, wenn der Sozialismus wegfällt.

Redner erinnerte nun an die Handelsverträge, die das Wohl der Industrie, des Handels und Verkehrs und ihrer Arbeiter zu günstig beeinflussten. Es müsse der

hehntliche Wunsch eines jeden deutschen Patrioten sein, daß diese langfristigen Handelsverträge im Jahre 1903 wieder erneuert würden. Dies ist aber eine Unmöglichkeit, wenn der Tarif Gesetz würde, denn das Ausland würde sich eine solche erorbitante Höhe der einzelnen Zollsätze nicht bieten lassen. Die Zollträge seien dann etwas Unvermeidliches; daran änderten auch die Monarchenzusammenkünfte nichts.

Weitere Vertriebsbeschränkungen, ein weiteres Sinken der Löhne, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Verminderung der Kaufkraft des Arbeiters, Verschlechterung der Volksgesundheit, das ist das Resultat unserer Wucherpolitik. Wenn den Arbeitern auch jetzt noch nicht die Augen aufgingen, dann sei denselben nimmermehr zu helfen, für sie gelte das Dichterwort:

Verträge die Zeit,
Verträge das Denken
Und mache stets ein Schicksalgestirn,
Daß dich von jedem Schicksal lenken
Und löst er dich —
So mußt du nicht.

Nachdem der Referent die Anwesenden ersucht hatte, die Protestbewegung des deutschen Volkes gegen Erhöhung der Zölle thätig zu unterstützen, schloß derselbe seinen 1 1/2 stündigen Vortrag unter reichem Beifall der Anwesenden.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute am 8. September stattgefundene Versammlung jüdischer Arbeiter, mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Krise und der neue Sozialtarifvertrag“, ist mit den Ausführungen des Referenten Roll v. Schöler einverstanden. Sie erklärt, daß der Wachs des Kapitals, das die Kräfte wie die Zölle auf landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse verduert, die Macht der Arbeit entgegengestellt werden muß. Sie verpflichtet deshalb, mit aller Energie für die Organisation der Arbeiter einzutreten resp. mitzuwirken, den Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter auf die Höhe zu bringen, damit er allen Anforderungen, die man an eine Organisation stellt, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, gerecht werden und nachkommen kann.“

Stettin. In der Mitgliederversammlung der Filiale, welche am 8. v. Mts. tagte, gab zunächst der Kartell-Delegierte den Kartellbericht. Es wurde beschlossen, die Mitglieder in Krankeinstellen aus der Filiale zu unterstützen.

Kollege Stern ersuchte die Anwesenden um recht rege Arbeit bei den Sammlungen für die ausständigen Glasarbeiter und für die Kostenbedeckung des embeulenden deutschen Gasarbeiters. Ferner machte derselbe bekannt, daß am 8. Oktober eine Gewerkschaftsversammlung bei Wöms, Vorwerkstraße, stattfinden, in welcher Genosse Kerwin-Blum das Referat hält. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schließt der Vortrag die gut besuchte Versammlung.

Aus den Gemeinden.

Aus dem Reich des Herrn Paulin. Unter dieser Signatur brachten wir in Nr. 18 eine Notiz, die sich mit einem Vorlesungsbuch des I. Berliner jüdischen Desinfektions-Anstalt beschäftigte.

Dieses muß Herr Paulin, den Leiter des genannten Anstalts, fürchterlich gedregt haben. Einem schönen Morgens trat Herr Paulin mit einem Bettel in der Hand vor die Angestellten, und in einem Tone, der sonst nur unter Waffengewalt beliebt wird, machte er seinem Herzen Luft. Er begann ungehörig folgendermaßen:

„Ich habe so ein Würstchen zugeschickt bekommen, welches ja weiter keinen Wert hat, als daß man es nach Bedarf schickt. Es heißt darin: Eine neue Bestimmung hat der Borleiter der jüdischen Desinfektions-Anstalt I erlassen, den Desinfektoren der Annahmestelle ist es verboten worden, fernere ihre Wahlzettel in dem dazu bestimmten Zimmer einzulegen. Meine Herren, habe ich eine derartige Bestimmung erlassen? — Allgemeines Schweigen, da jeder fürchtet, entlassen zu werden, wenn er der Wahrheit gemäß mit „Ja“ antwortet.“

Paulin weiter: „Also Alles Schweigen, frech erlegen u. s. w.; wenn es nicht aufhöre, daß solche Dinge öffentlich behauptet werden, dann entziehe ich Ihnen die Mittagspause, dann können Sie sich bei den Herren bedanken, die das eingeleitet haben.“

Herr Paulin hat dann noch die fraglichen Desinfektoren vorgenommen, die dann leider in ihrer Angst vor der Entlassung mit ihrer Unklarheit beglaubigten, daß er nie eine derartige Verfügung erlassen habe.“

Herr Paulin! Ist Ihr Gedächtnis thatsächlich so schwach, daß Sie innerhalb einer ganz kurzen Zeit sich absolut nicht mehr über Anordnungen erinnern können? Oder, verbreiteter Herr, beruht Ihr Verhalten in der fraglichen Sache auf bewusstem Schwindel?

Sie, Herr Paulin, haben thatsächlich die von uns kritisierten Dinge angeordnet. Der glauben Sie etwa, daß die Mannschaften, nachdem sie 6 Jahre im Appellat gestanden haben, jetzt plötzlich den Gang aufsuchen, um in der Hölle des Reiches ihre Wahlzettel einzulegen? Herr Paulin, haben Sie nicht etwa dem Wabedienten unbekannt, einen Tisch auf den Gang hinauszulegen, damit die Leute dort offen können? Und jetzt wissen Sie von dem ganzen Vorgang nichts?

Wahrscheinlich wird Ihre nächste Aufgabe jetzt sein, den erwähnten Wabedienten zu vernehmen, damit dieser Ihnen schriftlich bescheinigt, daß Sie ihm einen derartigen Befehl erteilt haben.

Kaffen Sie doch derartige Komödien bei Seite. Wenn Sie, verehrtester Herr, meinen, unter „Würstchen“ ist für Edoard (jüdisches Nickerlein) gut, so können wir Ihnen nur den Rath erteilen, es lieber nicht zu

dem von Ihnen angebotenen Brod zu verwenden. Unter „Würstchen“ enthält sozialistische Hasen — das wissen Sie ja, nebenbei bemerkt, am Heften, indem Sie es so lange hierauf unterließ, und dieselben (Kanonnen von Dieb, „Vorwärts“ etc.) gefunden haben — und da könnten Ihnen diese schließlich an einer ganz außerordentlichen Stelle insinieren, so daß womöglich Ihr sozialistischer Körper ein Milionen von sozialistischen Hasen aufzuweisen hat; und Sie dabei schredlich zu Grunde gehen!

Der wahre Charakter des oben erwähnten Herrn Paulin zeigte sich füglich bei folgender Gelegenheit wieder einmal in seiner ganzen Nacktheit. Der Vorsitzende der Berliner Betriebskrankenkasse ist der bekannte Gewerbegerichtsdirektor v. Schulz. Herr v. Schulz beachtet nun auch gegenüber den Arbeiter-Mitgliedern des Vorstandes der erwähnten Kasse die Regel der Höflichkeit und zieht ihnen zur Begründung die Hand. Dieses hatte vor nicht allzu langer Zeit Herr Paulin zu beobachten Gelegenheit und darüber geriet er denn aus dem Häuschen. „Es müßte zur Untergrabung der Disziplin, Autorität etc. führen, wenn ein Direktor den Arbeitern die Hand reicht“, so verließ Herr Paulin seiner Entzückung Ausdruck. — Dieser Vorgang senngelacht Herr Paulin zur Genüge; der Arbeiter steht seiner Meinung nach mit dem Hunde so ziemlich auf ein und derselben Stufe.

Bundschau.

Der sozialdemokratische Parteitag, welcher vom 23.—28. September zu Lübeck tagte, nahm in Sachen der Hamburger Reformmänner mit 290 gegen 3 Stimmen eine Resolution an, die es den örtlichen Partei-Organisationen überläßt, gegen dieselben Stellung zu nehmen. Demnach werden vorausichtlich die für streikenden Hamburger Reformmänner d. m. d. aus den örtlichen Parteiorganisationen ausgeschlossen werden. — Wenn die angelegene Resolution uns auch nicht beirret, so berührt es uns doch etwas sonderbar, daß der „Correspondent für Deutschlands Buchdruck“ schreibt: „Der Parteitag hat sich mit Annahme dieses Antrages auf den Boden der Nothwendigkeit verlassenen Zustand geäußert.“ — Wir gebären gewiß nicht zu denen, die alle Maßnahmen der sozialdemokratischen Partei ohne Weiteres für gut befinden, sondern sind befremdet etwas „legentlich“ veranlagt, für keinen dann aber doch, daß die Behauptung des „Correspondent“ unbillig ist und den Thatsachen nicht entspricht. — Wir sind von jeder für die Selbstständigkeit der Gewerkschaften eingetreten und werden in Zukunft genau auf demselben Standpunkt verharren. Die einseitige Uebertreibungen des „Correspondent“ in der fraglichen Sache können aber dem Selbstständigkeits-Beitrag der Gewerkschaften nur Schaden in den Weg legen. Daher wäre eine etwas größere Objektivität wohl am Plage gewesen.“

Der Glasarbeiter-Jusstand ist zu Ungunsten der Ausständigen bend. Es gingen ihnen die Geldmittel aus, weshalb sie den Kampf einstellen mußten. — Da die Unternehmer sich nun an den Ausständigen rächen, indem sie eine höhere Zahl derselben nicht wieder einstellen wollen, so ist dringende Unterstützung für dieselben notwendig.

Maassnahme des Reiches des Vereinsobmanns. In der „Wochenschrift“ der rdtischen Fronte von Nothwehr schreibt Holowak darüber folgendes:

„In den meisten Arbeitervereinen und auch in anderen Vereinen anderer Gesellschaftsklassen findet sich eine Zahl von berberber Menschen, die unter einem ungenügenden Geiste geboren zu sein scheinen, welche Freundschaft, Mithröuren und Unmuthigkeit gleichsam ausathmen, deren Stimme stets Streit verklärt. Sie treten einem Verein bei, scheinbar um mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Werke, in der That aber nur, um zu kritischen, ohne zu versuchen, das besser zu machen, worüber sie sich aufhalten. Sie benutzen nicht die Vorteile des Vereins, um diesen zu vertheidigen, sondern erwidern alle Schwächen, um sie dem gemeinsamen Feind zu verathen. In den Gefassen lassen sie ihre forwärtende Unzufriedenheit fähen, bis ihre Gegenwart zu einer wahren Strafe wird und ihr das Gefühl hat, als ob ihr Frieden und gegenseitige Achtung nicht bei euren Freunden, sondern bei euren Gegnern zu suchen hätte; einem jeden propheeten sie so lange, daß die Sachschief gehen wird, bis sie selbst richtig jeden Erfolg verewelt haben, und nun beaupten u. sie noch Anknüpfung für ihre verabschiedete Propheetung und achtungsvollen Dank für ihre Hülfe, die euch zum Fallitrieren geworden ist. Sie sind die Wegelagerer des Fortschritts, die jeden, der diesen Weg einschlagen will, in Lirude verlegen; sie halten euch auf und deranden euch eurer Hoffnungen, sie sind die Jaqos und die Turpans der Demokratie, und nur kluge und starke Leute vermögen ihnen zu entweichen oder ihnen Trost zu bieten.“

Gegen die Krankengeld-Zuschusskasse.

In Nr. 19 der „Gewerkschaft“ wird in dem Versammlungsbericht der Filiale Berlin Ia (Gasanstalt Danzigerstrasse) berichtet, daß die Versammlung folgen des beschlossen habe: „Es ist eine Entzückung von 20 Pf. pro Woche zu erheben, wofür den Mitgliedern im Falle der Erkrankung nach 10 wöchentlicher Karenzzeit eine wöchentliche Krankengeld-Zuschusskasse von 5 Mk. gewährt werden soll.“

Im Voraus ist zur Charakterisierung der Mitgl. der der erwähnten Filiale zu bemerken, daß dieselbe am 9. Oktober 1900 nachfolgendes Resultat über die Urabstimmung des Entwurfs zum Krankenversicherungsentwurf dem Verbandssekretariat zugesandt hat: „Von der Versammlung der

Filiale Berlin Ia wurden die Statuten der Krankengeld-Zuschusskasse einstimmig angenommen. Anwesend waren 24 Mitglieder. A. Prop. u. Anwesender Vorsitzender, Hr. Gipp, Schriftführer, K. Meyer, Kassier.“

Gleich nachdem die Kasse ihre Thätigkeit begonnen, haben dann auch 117 Verbandmitglieder dieser Filiale den Beitritt zur Kasse vollzogen. Um es den Mitgliedern recht bequem zu machen, wurden sogar 2 Zahlstellen — Weissenhof und Berlin — errichtet. Beide Zahlstellen haben im 1. und 2. Quartal inkl. Eintrittsgelder zusammen 648 15 Mk. eingenommen; hieron sind an die Hauptkasse 280 Mk. gelangt worden; davon hat jede Zahlstelle 50 Mk., also zusammen 100 Mk. als Zuschuss zurück erhalten. In den Monaten Juli und August verlangten ferner beide Zahlstellen weitere Zuschüsse, die aber die Hauptkasse wegen ihrer eingetragenen Leistungsunfähigkeit nicht bewilligen konnte.

Für Kranken-Unterstützung haben beide Zahlstellen im 2. Quartal, resp. in den Monaten Mai und Juni allein 249 Mk. ausgezahlt. Für örtliche Verwaltungsausgaben wurden 4 67 Mk. und für Entschädigung der Geschäftsführung 1 88 Mk. verbraucht. Zieht man den Zuschuss von 100 Mk., welchen die Hauptkasse an die Filiale gelangt hat, von den der Hauptkasse übermiesenen 280 Mk. ab, so hat die Filiale Berlin Ia thatsächlich nur 180 Mk. an die Hauptkasse eingekandt. Wie bereits erwähnt, sind von den Geschäftsführern der Filiale im Laufe der Monate Juli und August weitere Anträge wegen Ueberweisung von Zuschüssen an die Hauptkasse gerichtet worden; ein Beweis, daß die Wochenbeiträge sämtlicher Kassen-Mitglieder bei der Zahlreihe nicht ausreichen, die nötigen Ausgaben für die Krankenunterstützungen ihrer Mitglieder zu decken. Ein Beweis ferner dafür, daß die Filiale Berlin Ia eine jener Filialen ist, die mit einem bedeutenden Prozentsatz kranker Mitglieder zu rechnen hat und demzufolge nicht in der Lage war, die Krankenunterstützungen, welche die Krankengeld-Zuschusskasse vor dem 15. August gewährt hat, für ihre Mitglieder dauernd auszubringen. Die genannte Filiale gehört denn auch mit zu denjenigen Zahlstellen, welche die Krankengeld-Zuschusskasse in Bezug auf Unterstützung verhältnismäßig sehr oft in Anspruch genommen haben.

Anstatt nun hierauf Rücksicht zu nehmen, und sich ihres Beschlusses vom 9. Oktober 1900 zu erinnern, worin ausdrücklich festgelegt wird, daß die Mitglieder der Filiale Berlin Ia mit dem von der Kommission aufgearbeiteten Statut-Entwurf einverstanden sind, beschließt dieselbe Filiale in ihrer letzten Versammlung eine Entzückung von 20 Pf. pro Mitglied und Woche zu erheben, um hiervon den erkrankten Mitgliedern einen Zuschuss zum Krankengeld der gesetzlichen Krankenkasse gemäss zu können, d. h. die Filiale Berlin Ia erachtet den Beschluß der Generalversammlung des Verbandes, welcher besagt: Die Krankengeld-Zuschusskasse ist auf zentraler Basis zu errichten, weil es den einzelnen Filialen an den befähigten Kräften und auch an Zeit i. h. die notwendigen Gelder zu erleiden“, für null und nichtig, indem sie der bestehenden Ag. S. Konkurrenz bietet und ein Unterstützungssystem einführt, welches weit über das zulässige Maß einer „Filialen-Unterstützung“ hinausreicht.

Daß die Krankengeld-Zuschusskasse unter den der „Gewerkschaft“ wiederholt geschilderten Umständen nicht erzielungsfähig sein konnte, sollte den Mitgliedern der Filiale Berlin Ia umsoehr einleuchten sein, die Kasse weder auf die Beine zu stellen, da doch die Filiale, resp. deren erkrankte Mitglieder dazu beitragen haben, die ungenügende Finanzlage der Kasse herbeizuführen. Nun aber die Nothwendigkeit es erweist, sich mit weniger hohen Unterstützungen zu begnügen, werden alle Prinzipien mißachtet, die Krankengeld-Zuschusskasse einzig ad nota gelangt und auf Unwissenheit hinaus ein eigenes Unterstützungssystem eingeführt. Ob das System dauernd durchführbar ist, ob die vom Verbande errichteten Institutionen hierdurch autorisiert gemacht worden, das auch nur zu erlangen, hält man garnicht für notwendig. Die einzige Lösung ist: nur heraus aus S. J. R. dort ist ja zur Zeit Nichts zu holen.

Ein derartiger Standpunkt ist unter allen Umständen verwerflich. Leider bietet das Verbandsstatut einer solchen Handlungsweise gegenüber keine Handhabe. Sache der nächsten Generalversammlung des Verbandes muß es sein, das Unterstützungssystem einentlich zu regeln.

Da die gesundheitslichen Verhältnisse der Gasarbeiter, wie die Erfahrungen gelehrt haben, und im Allgemeinen sehr ungünstig sind, erscheint es sehr fraglich, daß die Filiale Berlin Ia dauernd im Stande sein wird, den Mitgliedern die festgesetzte Unterstützung von 5 Mk. pro Woche gegen eine Entzückung von 20 Pf. abzuzahlen zu können.

Wer den Vierteljahres-Abrechnungen des Verbandes auch nur einer oberflächlichen Durchsicht gewidmet hat, wird gefunden haben, daß diejenigen Filialen, deren Mitglieder in Gaswerken beschäftigt sind, ganz beträchtliche Summen für Krankenunterstützungen aufgewendet haben. In einigen Filialen ist infolge dessen der Kassenzustand enorm gestunken. So ist z. B. der mehrere Kassenzustand der Filiale Berlin Ib (Gasanstalt Ostfriedrichstr.) einzig und allein dadurch herbeigeführt worden, weil die Filiale in jedem Quartal hohe Summen für Krankenunterstützungen ausgezahlt hat. Auch die von den Mitgliedern der Filiale eroberte Entzückung haben nicht vermocht, günstigere Kassenzustände zu schaffen.

Es muß deshalb davor ernstlich gewarnt werden, daß etwa andere Filialen dem Beispiel der Filiale Ia folgen.

dafür soll aber alle 14 Tage gelöhnt werden. Weiter wünscht er, daß zur besseren Ausbildung und Hebung der Kollegen dieser Beschlüsse brüchig werden. Solle der Arbeiter einflußreiche ist, daß die Ermittlung und Einreichung der Straftat geschehen. Da die Sache enorme Ausgaben für Gerichtsverhandlungen zu betreiben hätte, müßten die Beiträge erhöht sein, das Krankengeld herabgesetzt werden. Die Kollegen der Zentrale Stuttgart lehnten daher jede Eintragung in die Mitgliedschaft ab. Es wurde beschlossen, am Ort eine Unternehmungsliste ins Leben zu rufen. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die diesjährige Landeskonferenz der Freien Vereinigung der südlichen Arbeiter Württembergs erklärt sich im Prinzip mit der Ausgestaltung der Unternehmungsliste als einverstanden. Wie diese geregelt wird, ist jedem Teilnehmer überlassen. Der Punkt 5 enthält sich eine kurze Debatte und ließ folgende Resolution ein, welche einstimmig Annahme fand:

„In Erwägung, daß die bis jetzt für Württemberg bestehende Organisationsform der freien Zentralisation sich als vollständig zweckmäßig erwiesen hat, beschließt die Konferenz nach wie vor an diesem System festzuhalten.“

Die Neuwahl des Ausschusses wurde dem Ortsverein Stuttgart überlassen und sollen fünf Mitglieder gewählt werden.

Unter Beschlüssen wurde beschlossen, das Beitritts-geld von 1 Mk. auf 1.50 Mk. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Weiter wurde beschlossen, einen Delegierten zu dem Gasarbeiterkongress zu entsenden. Der Vorsitzende der Freien Vereinigung wies noch darauf hin, daß jeder Kollege sich der sozialdemokratischen Partei anschließen solle. Um 1/2 6 Uhr schloß Kollege Gies-Gammit die Konferenz mit dem Wunsch, daß die Freie Vereinigung blühen und gedeihen möge.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Siebig, Berlin S.**
Verbandsrat: **H. Siebig, Berlin S.**
Verbandsrat: **Bruno Voersch, Berlin W. 3.**
Winterfeldstr. 25, Portal III. Sprechst. von 10-12 Uhr.
Sonntags, Sonn- und Feiertags in der Gewerkschafts-Gesellschaft.
Verbandskassier: **V. Hoffmann, Berlin S. 58, Erbsowitzerstr. 18.**
Gewerkschafts-Sekretär der Kranen- u. d. Zwickelstraße:
G. Hamm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.
Alle Korrespondenzen, Anfragen etc. die den Verband betreffen, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ und die Kranen- u. d. Zwickelstraße bestimmt sind nur an den Verbandskassier zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Kranen- u. d. Zwickelstraße geben an **G. Hamm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.**

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ geben an **H. Siebig.**

Vorsitzender des Ausschusses: **V. Schulz, Berlin S.O., Zankowstraße 21.**

Versammlungen.

Breslau. Die hiesigen Gemeindegewerkschaften hatten am Freitag Abend eine öffentliche Versammlung in das Gewerkschaftshaus berufen, um über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gasanstalten beschäftigten Arbeiter zu beraten. Als Referent war der Verbandssekretär Bruno Voersch-Berlin erschienen. Er schilderte zunächst eingehend die Mißstände und überaus große Gesundheitsgefährlichkeit der Arbeit in den Gasanstalten und leitete daraus die Notwendigkeit einer Vornehme und möglichst kurzer Arbeitszeit der Arbeiter sowie die stündliche Schichtdauer ab. In der 2. Hälfte der Rede sei man im Ausland längst so weit, wie in Frankfurt, England, Dänemark, wo überall die Gasanstalten für den ununterbrochenen Betrieb 3 je 8 Stunden dauernde Schichten eingeführt haben. Referent schilderte eingehend die ihm aus eigener Anschauung bekannten trübsamen Betriebs-Verhältnisse der kopenhagener Gasanstalten. In Deutschland ist man leider noch lange nicht so weit. Nur Mannheim hat die Achtstundentag in den Gasanstalten eingeführt. Die vielen Mißstände, die in den deutschen Gasanstalten für die Arbeiter bestehen, haben dazu geführt, einen Gasarbeiterkongress zu berufen, der demnächst in Frankfurt a. M. tagen wird, um geeignete Maßnahmen für ein gemeinsames Vorgehen zu treffen. Referent geht dann zu einer Besprechung der speziellen breslauer Verhältnisse über und stellt fest, daß in allen größeren Städten, wie in einer großen Anzahl kleinerer Städte höhere Löhne den Gasarbeitern bezahlt werden, wie in Breslau. Dabei sind die Lebensmittel in Breslau mindestens ebenso teuer, vielfach teurer wie in jenen anderen Städten. Referent verweist auf die Folgen schlechter Löhne, die ungenügende Ernährung, die Ursache vieler Krankheiten, die Zerstörung des Familienlebens dadurch, daß Frau und Kinder mitarbeiten müssen u. Unter diesen Umständen sei eine Bewegung der Gasarbeiter auch in Breslau nötig. Man solle nicht mit Streik u. s. w. vorgehen, sondern sich zunächst mit einer Petition an die Behörden wenden. Dasselbe würde man auf die privaten Unternehmern und darauf hinweisen, daß Arbeiter genug auch für den niedrigsten Lohn zu haben seien. Aber solche Gründe hätten keine Berechtigung für städtische Petitionen, die nicht ausschließlich auf die Erhaltung hoher Profite angewiesen seien, wie die Privatunternehmer. Dann müßten die Arbeiter der städtischen Petition an die öffentliche Meinung appellieren und die Antwort der städtischen Behörden würde die eventuellen weiteren Maßnahmen

der Gesellschaft bestimmen. Referent schlägt vor, eine Kommission zu wählen, welche die Wünsche der Gasarbeiter zu formulieren und dann zur Beschlussfassung zunächst einer öffentlichen Versammlung vorzutragen habe. Vor allen Dingen aber sei eine Stärkung der bestehenden Organisation nötig, denn je stärker dieselbe sei, um so mehr werde erreicht werden. (Beifall.)

In der Diskussion wurde die Anregung gegeben, die Wünsche zunächst den nächsten Vorgesetzten vorzutragen, dagegen werden jedoch gerechtfertigte Bedenken erhoben, da diese unteren Beamten doch nicht selbstständig entscheiden können. Es sollen die schriftlich formulierten Wünsche daher den betreffenden Herren Direktoren vorgelegt werden. Auch über die Anzahl treueinsprechender werden Bedenken laut. Bei schlechtem Wetter wird nicht gearbeitet und dann auch kein Vortrag gehalten, weiter werden die Vornehme sehr unregelmäßig gehalten. Außerdem, die zur Kontroll-Versammlung gingen, sind die dadurch veranlasseten Stunden vom Lohn abgezogen worden u. s. w. Diesem wird der Wunsch ausgesprochen, bald auch anderen Kategorien städtischer Arbeiter Vorkämpfer zu verschaffen. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der verschiedenen Berufsgruppen in den städtischen Gasanstalten wird gewählt. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

„Die versammelten Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sind der Ueberzeugung, daß die Löhne, welche man ihnen gegenwärtig zahlt, als ungenügend bezeichnet werden müssen, namentlich angesichts der Thatfache, daß die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten immer mehr in die Höhe gehen. Daher rufen sie an die zuständigen städtischen Behörden das Ersuchen, eine Aufhebung der Löhne vorzunehmen zu wollen. Um die vorhandenen Wünsche näher zu bestimmen, wird eine Kommission aus der Mitte der Versammelten gebildet, welche eine Eingabe auszuarbeiten und einer später stattfindenden Versammlung zur näheren Beschlussfassung zu unterbreiten hat.“

Chemnitz. Am 20. September fand eine Versammlung der Gasanalarbeiter statt, die befriedigend verlief. Der Verbandssekretär Voersch sprach über: „Die Lage der Gasanalarbeiter und ist dieselbe veränderungsbedürftig.“ Der Redner ging auch besonders auf die Verhältnisse der hiesigen Gasarbeiter ein und konstatierte, daß dieselben nicht nur vollkommen ungenügend, sondern auch erheblich niedriger als in den meisten großen Städten Deutschlands sind. In der darauf folgenden Diskussion wurde von verschiedenen Rednern noch eingehend auf die ungenügende Bezahlung der Gasarbeiter von Chemnitz hingewiesen und einige andere Dinge noch schärf hervorgehoben, welche eine Kommission zu wählen, welche eine Eingabe um Verbesserung der Löhne auszuarbeiten und sie einer späteren Versammlung zur Beschlussfassung unterbreiten soll. Nachdem die Wahlen vollzogen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung am 18. September im Schwab. Auf der Tagesordnung stand:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Bericht des Kassiers.

Bei Eintritt in die Tagesordnung war der erste Punkt bereits erledigt. Ein besonderer Kartellbericht lag nicht vor.

Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag der Wilhelmbürger u. Beddeler Kollegen, dessen Inhalt seinen Zweck zu erreichen. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß dies noch verfrüht sei, und vor uns später doch in Sectionen teilen müßten, wo dann bezugsweise in Kategorien gearbeitet wird. Doch wird zunächst der großen Abgeordneten seitens der Wilhelmbürger Kollegen deren Antrag stattgegeben. Eine längere Besprechung folgte über den Fall Winter-Müller. Dieselben sind hiermit ausgeschlossen und werden weitere nötigen Schritte eingeleitet werden.

Als zweiten Schlichter und Vertrauensmann für Hodelst wurde Schönberg gewählt. Petrus des Gasarbeiterkongresses ist man der Ansicht, hierzu eine Stellung nehmen zu können, indem gerade das Gros derselben dem Verbande fernbleibt. Nach einer weiteren Debatte über die Jahresberichte, anläßlich der Versammlung in Hamburg, erfolgte Schluß der Versammlung.

Magdeburg. Am 21. September 1911 tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Zentrale (Gasarbeiter) im Lokale des Herrn Winter, Roggenstr. 80, mit folgender Tagesordnung: 1. Der Gasarbeiterkongress zu Frankfurt a. M., 2. Vorstandswahl, 3. Kartellbericht, 4. Regelung der Unternehmung bei Todesfällen der Mitglieder oder deren Angehörigen, 5. Vorladung zum Gewerbebegehrtsgericht, 6. Vereinsangelegenheiten.

Im ersten Punkt nahm der Vorsitzende, Kollege Hurlhardt, das Wort und führte den Kollegen noch einmal in eingehender Weise den Wert und die Bedeutung des Gasarbeiterkongresses vor Augen, worauf folgender Antrag einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Beschlüßung des Gasarbeiter-Kongresses einverstanden und verpflichtet sich, die Kollegen so schnell wie möglich zu befragen.“

Im zweiten Punkt, Vorstandswahl, legten Kollege Hurlhardt und Kollege Jöcher ihr Amt nieder und zwar mit folgender Begründung: Kollege Hurlhardt kamte sich vor zwei Monaten ein Jahr ab, nun wurde von einem Kollegen das Gerücht verbreitet, der Kollege Hurlhardt habe auf Seiten des Verbandes Ab, früher hätte er nicht gehabt und jetzt spiele er den „Gewohlenen.“ Kollege Hurlhardt forderte nun den Kollegen Prietel auf, welcher von den Kollegen der Gasanstalt im Auftrag erhalten hatte, dieses der Versammlung zu unterbreiten, sich seines Auftrages zu erledigen, welchem er auch nachkommt. Kollege Prietel schiederte nun, wie der Kollege Jöcher diese beleidigenden Worte

gebraucht habe. Hierauf wurde der Kassier Jöcher aufgefordert, ob es an dem sei, daß er Geld zum Jahrbuch gegeben habe, worauf Kollege Jöcher befuhr, daß noch nie der Vorsitzende ihm überhaupt davon Mitteilung gemacht, daß er ein Jahrbuch kaufen wollte und hätte er auch ganz selbstverständlich kein Geld von ihm verlangt. Auch könne die Versammlung ihm nicht zumuten, daß er zu diesem Zweck Geld herbeibringe, da stünde ihm seine Erbe viel zu hoch, sich ein Vergehen schuldig zu machen. Kollege Prietel meinte, das Bild, was er jetzt gewonnen u. habe von dem Ausschüsse Bekannter laufe nur dabinaus, den Kollegen Hurlhardt in niederrichtigem Art und Weise zu verdächtigen, und er fordere die Versammlung auf, um dem Vorsitzenden die Ehre maßlos zu erhalten, ihn wieder als Vorstehenden zu wählen. Sämtliche Kollegen, die sich an der Debatte beteiligten, betrachteten die Anschuldigungen von Kollegen Jöcher als einen Scherzstreich. Hierauf sollte Kollege Jöcher folgenden Antrag:

„In Anbetracht, daß es der Kollege Jöcher nicht der Mühe wert hält, in der Versammlung zu erscheinen, sondern einem Kollegen den Auftrag erteilt, daß er seine Worte wieder zurücknehme, und er den Kollegen Hurlhardt für ehrlich erkläre, sei derselbe dieselbe zur nächsten Versammlung einzuladen um selbst in der Versammlung eine Erklärung abzugeben.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bei der Wahl selbst wurde Kollege Hurlhardt einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt. Auch erklärte sich Kollege Jöcher wieder bereit, sein niedrigeres Amt weiterzuführen. Beim dritten Punkt gab Kollege Hurlhardt den Kartellbericht, welcher von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Punkt 4 wurde zurückgelassen und es bei der alten Unternehmungsform belassen. Im Punkt 5 wurde Kollege Prietel als Gewerbebegehrtsgericht vorgeschlagen. Im Punkt 6 führte Kollege Jöcher lebhaftige Klagen über die Sammelweise der Mitglieder, welche es nicht mehr für nötig halten, die Versammlung zu besuchen. Auf Antrag des Kollegen Prietel wird beschlossen, einem Stempel anzuschließen und jedes Mitglied bekommt beim Besuch der Versammlung ein Stempel in das Buch, um eine genaue Kontrolle zu haben, welche Kollegen die Versammlung am meisten schwächen. Hierauf wird die außerordentliche Versammlung 11 1/2 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Merkmale der Redaktion. Es ist wirklich zu bedauern, daß oft soviel kostbare Zeit mit solchen Zankereien unnütz vergeudet werden muß, wie der obige Versammlungsbericht aus dieses wieder zeigt. Wir würden an denselben keine Bemerkung knüpfen, wenn nicht folgende, bald dort, bald dort, solche eintönigen Versammlungen u. s. w. größere Differenzen zur Folge hätten. Immerhin ist gemeint man aus solchen Versammlungen die Lebenszeitung, das in letzter Zeit nicht die Vertriebenen, sondern leider die Arbeiter an ihrem Gewerbe selber schuld sind. Allerdings nicht alle; aber es giebt Elemente, die aus Standalucht niedrige u. s. w. vorzuziehen. Dingen werden schaden. Sie schaden dadurch nicht nur die Gewerkschaften direkt, sondern auch indirekt, indem sie die der Bewegung fernstehenden Personen nur in ihrem Judifferenzismus bekräftigen.

Bei diesen Elementen soll man kurzen Prozeß machen und ihnen die Thüre weisen.

Wichtig. In einer am 8. September stattgefundenen Versammlung der städtischen Arbeiter referierte Kollege V. Schiller über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und der neue Zolltarif.“ Referent erläuterte eingehend die Ursache und die Wirkungen der Krise, betont, daß nur ein Faktor wichtig sei, den Krisen, dem Kapitalismus überhaupt, Einhalt zu gebieten und das sei die moderne Arbeiterbewegung. Die Arbeiter seien auf sich selbst angewiesen und deren Ziel läge darum nur in der Organisation. Trotzdem die Krise Tausende von deutschen Familien betroffen hätte, Tausende der Noth, dem Hunger und dem Elend preisgegeben hätte, hätte keine der Betroffenen u. s. w. daran, den Arbeitern, die zur Zeit der wirtschaftlichen Aufschwünge dem Unternehmertum unerschaltete Summen, ungenutzte Millionen in Gestalt von Dividenden u. s. w. daraus erwirtschafteten, helfend unter die Arme zu greifen. Das Vorgehen ist der Fall. Selbst die Regierung des deutschen Reichs, dem doch auch außer Großgrundbesitzer, Großindustriellen, Beamten und Generale zwei Millionen Arbeiter angehören, nähme von der Krise teil, den Schäden derselben für die Arbeiterklasse keine Rücksicht; sie arbeite immer weiter darauf los, das deutsche Volk durch indirekte Steuern, die die Kräfte für Militarismus, Materialismus, Kolonialen, verschiedenen Abenteuer, monumentale Baudenkmäler u. s. w. decken; müßten, ganz dem wirtschaftlichen Ruin zu überantworten. Nach sei der Schaden nicht zu übersehen, den die Krise unter der arbeitenden Bevölkerung angerichtet hat und noch anrichten wird, sei wiederum von der Regierung dem deutschen Volk eine neue Belastung präsentiert worden, der neue Zolltarif. Referent, der die einzelnen Positionen des Tarifs einer eingehenden Betrachtung unterzöge, gestielte in scharfen Worten die Hauptpunkte Deutschlands. Seit der Zuchtschulvorsorge sei kein gleich tödlicheres Axiom auf das deutsche Volk unternommen worden, wie es durch den neuen Zolltarif unternommen beabsichtigt wird und das Alles wegen einer handvoll Zucker, jener Nachkommenschaft der mittelalterlichen Kaufleute, die man jetzt mit dem Namen „Moderne Händlerbände“ belegen könne, die noch viel wichtiger und egoistischer seien als die Ähnen, nur mit dem Unterschiede, daß diese den Rand selbst persönlich ausüben, während die „modernen“ diese Arbeit dem Vater Staat überlassen.

Einem Schaden entstände, wenn der Zolltarif Wegelühne.

Referent erinnere nur an die Handelsverträge, die das Wohl der Industrie, des Handels und Verkehrs und ihrer Arbeiter so günstig beeinflussten. Es müsse der

darf soll aber alle 14 Tage gelohnt werden. Weiter wünscht er, daß zur besseren Ausbildung und Belehrung der Kollegen über Meßreiter bestellt werden. Kollege Kuntz erklärte in sachlicher Weise die Ermittlung und Einreichung der Kräfte, getrennt nach Klassen. Da die Kräfte enorme Ausgaben für Krankheitsleistungen zu betreiben hätte, müßten die Beiträge erhöht resp. das Krankengeld herabgesetzt werden. Die Kollegen der Filiale Stuttgart lebten daher über weitere Einzahlung entschieden ab. Es wurde beschlossen, am Ort eine Unterstützungskasse ins Leben zu rufen. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die diesjährige Vorstandskonferenz der Freien Vereinigung der sächsischen Arbeiter Württemberg erklärte sich im Prinzip mit der Ausschaltung der Unterstützungskasse einverstanden. Wie dieses geregelt wird, ist jedem Einzelnen überlassen. Bei Punkt 5 entpinn sich eine kurze Debatte und ließ folgende Resolution ein, welche einstimmig Annahme fand:

In Erwägung, daß die bis jetzt für Württemberg bestehende Organisationsform der freien Zentralisation sich als vollständig zweckmäßig erwiesen hat, beschließt die Konferenz nach wie vor an diesem System festzuhalten.

Die Neubildung des Ausschusses wurde dem Ortsverein Stuttgart überlassen und sollen fünf Mitglieder gewählt werden.

Unter Verschiedenes wurde beschlossen, das Beitragsgeld von 1 Mk. auf 1.50 Mk. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Weiter wurde beschlossen, einen Delegierten zu dem Gasarbeiterkongress zu entsenden. Der Vorsitzende der Freien Vereinigung wies noch darauf hin, daß jeder Kollege sich der sozialdemokratischen Partei anschließen sollte. Um 1/2 6 Uhr schloß Kollege Geyßler die Konferenz mit dem Wunsch, daß die Freie Vereinigung blühen und gedeihen möge.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Stebig, Berlin N. 4, Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Vorrath, Berlin W. 3, Winterfeldstraße 25.** Fortal III. Bericht, von 10-12 Uhr Vormittags Sonntag und Freitag ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskassierer: **V. Vosschardt, Berlin N. 58, Tredeowstraße 18.** Geschäftsführer der Krankenkasse: **Zuschuldschaft: C. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.** Alle Korrespondenzen, Anfragen u. d. den Verband betreffenden, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ und die Krankenkasse-Zuschuldschaft bestimmt, sind nur an den Verbandskassierer zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Krankenkasse gehen an C. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an Dr. Voerlich.

Vorsitzender des Ausschusses: **V. Schulz, Berlin S.O., Lautherstraße 21.**

Veranstaltungen.

Breslau. Die hiesigen Gemeindeglieder hatten zu Freitag Abend eine öffentliche Versammlung in das Gewerkschaftshaus berufen, um über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gasanstalten beschäftigten Arbeiter zu beraten. Als Referent war der Verbandssekretär Bruno Vorrath-Berlin erschienen. Er schilderte zunächst eingehend die Mißbräuche und überaus große Gesundheitsgefährlichkeit der Arbeit in den Gasanstalten und leitete daraus die Notwendigkeit guter Löhne und möglichst kurzer Arbeitszeit her. Hier sei die stündliche Schichtdauer sicher am Plage und in der That sei man im Ausland längst so weit, z. B. in Frankreich, England, Dänemark, wo überall die Gasanstalten für den ununterbrochenen Betrieb 3 je 8 Stunden dauernde Schichten eingeführt haben. Redner schilderte eingehend die ihm aus eigener Anschauung bekannten trübseligen Betriebs-Einstellungen der Kopenhagener Gasanstalten. In Deutschland ist man leider noch lange nicht so weit. Nur Mannheim hat die Achtstundentag in den Gasanstalten eingeführt. Die vielen Uebelstände, die in den deutschen Gasanstalten für die Arbeiter bestehen, haben dazu geführt, einen Gasarbeiterkongress zu berufen, der demnächst in Frankfurt a. M. tagen wird, um geeignete Maßnahmen für ein gemeinsames Vorgehen zu treffen. Redner geht dann zu einer Besprechung der speziellen Breslauer Verhältnisse über und stellt fest, daß in allen größeren Städten, wie in einer großen Anzahl kleinerer Städte höhere Löhne den Gasarbeitern bezahlt werden, wie in Breslau. Dabei sind die Lebensmittel z. B. in Breslau mindestens ebenso teuer, vielfach teurer wie in jenen anderen Städten. Redner verweist auf die Folgen schlechter Löhne, die ungenügende Ernährung, die Ursache vieler Krankheiten, die Zerschörung des Familienlebens dadurch, daß Frau und Kinder mitarbeiten müssen u. Unter diesen Umständen sei eine Bewegung der Gasarbeiter auch in Breslau nötig. Man solle nicht mit Streik u. s. w. vorgehen, sondern sich zunächst mit einer Petition an die Behörden wenden. Besserlich würde man auf die privaten Unternehmer und darauf hinweisen, daß Arbeiter genug auch für den niedrigeren Lohn zu haben seien. Aber solche Gründe hätten keine Berechtigung für sächsische Petitioner, die nicht ausschließlich auf die Erzielung hoher Profite angewiesen seien, wie die Privatunternehmer. Dann müßten die Arbeiter der sächsischen Petitioner an die öffentliche Meinung appellieren und die Antwort der sächsischen Behörden würde die eventuellen weiteren Maßnahmen

der Gesellschaft bestimmen. Redner schloß vor, eine Kommission zu wählen, welche die Wünsche der Gasarbeiter zu formulieren und dann zur Beschlußfassung zunächst einer öffentlichen Versammlung vorzutragen habe. Vor allen Dingen aber sei eine Stärkung der bestehenden Organisation nötig, denn je stärker dieselbe sei, um so mehr werde erreicht werden. (Beifall)

In der Diskussion wird die Anregung gegeben, die Wünsche zunächst den nächsten Vorgesetzten vorzutragen, dagegen werden jedoch gerechtfertigte Bedenken erhoben, da diese letzteren Beamten doch nicht selbstständig entscheiden können. Es sollen die schriftlich formulierten Wünsche daher den betreffenden Herren Direktoren vorgelegt werden. Auch über die Kanalarbeitersinspektion werden Beschlüsse laßt. Bei schlechtem Wetter wird nicht gearbeitet und dann auch kein Pfennig gezahlt, weiter werden die Löhne oft sehr unregelmäßig gezahlt. Arbeiten, die zur Kontroll-Vermahlung gingen, sind die dadurch verlaufenen Stunden vom Lohn abgezogen worden u. Mehrfach wird der Wunsch ausgesprochen, bald auch anderen Kategorien sächsischer Arbeiter Lohnaufstellungen zu verschaffen. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der verschiedenen Berufsstände in den sächsischen Gasanstalten wird gewählt. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

Die versammelten Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sind der U. bezugung, daß die Löhne, welche man ihnen gegenwärtig zahlt, als ungenügend bezeichnet werden müssen, namentlich hinsichtlich der Basis, daß die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten immer mehr in die Höhe gehen.

Daher rief sie an die zuständigen sächsischen Behörden das Ersuchen, eine Aufbesserung der Löhne vorzunehmen zu wollen. — Um die vorhandenen Wünsche näher zu bestimmen, wird eine Kommission aus der U. der Versammelten gebildet, welche eine Eingabe auszuarbeiten und einer später stattfindenden Versammlung zur näheren Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

Chemnitz. Am 20. September fand hier eine Versammlung der Gasanstalts-Arbeiter statt, die befriedigend beendet war. Der Verbandssekretär Vorrath sprach über: „Die Lage der Gasanstalts-Arbeiter und ist dieselbe verbesserungsbedürftig?“ Der Redner ging aus besonders auf die Lohnverhältnisse der hiesigen Gasarbeiter ein und konstatierte, daß dieselben nicht nur vollkommen ungenügend, sondern auch erheblich niedriger als in den meisten großen Städten Deutschlands sind. In der darauf folgenden Diskussion wurde von verschiedenen Rednern noch eingehend auf die ungenügende Bezahlung der Gasarbeiter von Chemnitz hingewiesen und einige andere Dinge noch scharf kritisiert. Hierauf beschloß man eine Kommission zu wählen, welche eine Eingabe um Verbesserung der Löhne auszuarbeiten und sie einer späteren Versammlung zur Beschlußfassung unterbreiten soll. Nachdem die Wahlen vollzogen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Mitglieder Versammlung am 18. September der Schwaff. Auf der Tagesordnung stand:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Bericht über den.

Der Entwurf in die Tagesordnung war der erste Punkt bereits erledigt. Ein besonderer Kartellbericht lag nicht vor.

Eine längere Debatte entpinn sich über einen Antrag der Wilhelmsburger u. Vedderer Kollegen, dorten einen festen Bezirk zu errichten. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß dies noch verfrüht sei, und wir uns später doch in Sectionen teilen müssen, wo dann bezugsweise in Kategorien gearbeitet wird. Doch wird hinsichtlich der großen Abgebenheit seitens der Wilhelmsburger Kollegen deren Antrag zurückgezogen. Eine längere Rede folgte über den Fall Dunter-Wüller. Dieselben sind bittend ausgeschlossen und werden weitere nötigen Schritte eingeleitet werden.

Als zweiten Schriftführer und Vertrauensmann für Hohenstedt wurde Schönberg gewählt. Petreß des Gasarbeiterkongresses ist man der Ansicht, hierzu keine Stellung nehmen zu können, indem gerade das Gros derselben dem Verbande fernbleibt. Nach einer weiteren Debatte über die Fabrikarbeiter, anläßlich der Versammlung in Harburg, erfolgte Schluß der Versammlung.

Magdeburg. Am 21. September 1911 tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Filiale I (Gasarbeiter) im Lokale des Herrn Winter, Magdeburger 80, mit folgender Tagesordnung: 1. Der Gasarbeiterkongress in Frankfurt a. M., 2. Vorstandswahl, 3. Kartellbericht, 4. Regelung der Unterbringung der Todestätten der Mitglieder oder deren Angehörigen, 5. Vorschläge zum Gewerkegesetzgebung, 6. Vereinsangelegenheiten.

Im ersten Punkt nahm der Vorsitzende, Kollege Burkhardt, das Wort und führte den Kollegen noch einmal in eingehender Weise den Wert und die Bedeutung des Gasarbeiter-Kongresses vor Augen, worauf folgender Antrag einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Beschließung des Gasarbeiter-Kongresses einverstanden und verpflichtet sich, die Rollen so schnell wie möglich zu befein.“

Im zweiten Punkt, Vorstandswahl, legten Kollege Burkhardt und Kollege Förster ihr Amt nieder und zwar mit folgender Begründung: Kollege Burkhardt kaufte sich vor zwei Monaten ein Fahrrad, nun wurde von einem Kollegen das Gerücht verbreitet, der Kollege Burkhardt fahre auf Kosten des Verbandes Rad, früher habe er nichts gehabt und jetzt spiele er den „Gewerkschaftler“. Kollege Förster fordert nun den Kollegen Feiler auf, welcher von den Kollegen der Gasanstalt den Auftrag erhalten hatte, dieses der Versammlung zu unterbreiten, sich seines Auftrages zu erledigen, welchem er auch nachkommt. Kollege Feiler schloß mit, wie der Kollege Pecherer diese beleidigenden Worte

gebraucht habe. Hierauf wurde der Kassier Förster aufgefordert, ob es an dem sei, daß er Geld zum Fahrrad gegeben habe, worauf Kollege Förster befuhr, daß noch nie der Vorliegende ihm überhaupt davon Mitteilung gemacht, daß er ein Fahrrad kaufen wollte und batte er auch ganz selbstverständlich sein Geld von ihm verlangt. Auch könne die Versammlung ihm nicht zumuten, daß er zu diesem Zweck Geld hergegeben hätte, da stände ihm seine Ehre viel zu hoch. Ich lösch ein Vergessen schuldig zu machen. Kollege Feiler meint, das Bild, was er jetzt gewonnen habe von dem Ausmittlende Pecherer laufe nur dabinaus, den Kollegen Burkhardt in niederträchtiger Art und Weise zu verächtigen, und er forder die Versammlung auf, um dem Vorliegenden die Ehre mangellos zu erhalten, ihn wieder als Vorstehenden zu wählen. Sämtliche Kollegen, die sich an der Debatte beteiligten, betrachteten die Anschuldigungen von Kollegen Pecherer als einen Scherzstreich. Hierauf stellte Kollege Daniel folgenden Antrag:

„In Anbetracht, daß es der Kollege Pecherer nicht der Würde hält, in der Versammlung zu erscheinen, sondern einem Kollegen den Auftrag erteilt, daß er seine Worte wieder zurücknehme, und er den Kollegen Burkhardt für ehrlich erkläre, sei derselbe bezüglich zur nächsten Versammlung einzuladen um selbst in der Versammlung eine Ehrenklärung abzugeben.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bei der Wahl selbst wurde Kollege Burkhardt einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt. Auch erklärte sich Kollege Förster wieder bereit, sein niedergelegtes Amt weiterzuführen. Beim dritten Punkt gab Kollege Burkhardt den Kartellbericht, welcher von der Versammlung beifällig angenommen wurde. Punkt 4 wurde zurückgestellt und es bei der alten Unterbringungsform belassen. Im Punkt 5 wurde Kollege Feiler als Gewerkegesetzgebung vorgeschlagen. Im Punkt 6 führte Kollege Förster lebhaftest Klage über die Sammelbarkeit der Mitglieder, welche es nicht mehr für nötig halten, die Versammlung zu besuchen. Auf Antrag des Kollegen Volmry wird beschlossen, einen Stempel anzuschaffen und jedes Mitglied beim Besuch der Versammlung ein Stempel in das Buch, um eine genaue Kontrolle zu haben, welche Kollegen die Versammlung am meisten schwächen. Hierauf wird die außerordentliche Versammlung 11 1/2 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Anmerkung der Redaktion. Es ist wirklich zu bedauern, daß oft soviel kostbare Zeit mit solchen Diskursen unnütz vergeudet werden muß, wie der obige Versammlungsbericht uns dieses wieder zeigt. Wir würden an denselben keine Bemerkung knüpfen, wenn nicht folgende, bald dort, solche ebenen Verurteilungen u. s. w. größere Differenzen zur Folge hätten. Immerhin gerühmt man aus solchen Vorformulierungen die Ueberzeugung, daß in letzter Zeit nicht die Herrschenden, sondern leider die Arbeiter an ihrem Glorbe selber schuld sind. Allerdings nicht alle; aber es gibt Elemente, die aus Standhaftigkeit, niedrigen Reich, fortgesetzt Differenzen heraufschwören. Sie schädigen dadurch nicht nur die Organisationsarbeit, sondern auch indirekt, indem sie die der Bewegung fernstehenden Personen nur in ihrem Indifferentismus bestärken.

Mit diesen Elementen soll man kurzen Prozeß machen und ihnen die Türe weisen.

Mais. In einer am 8. September stattgefundenen Versammlung der sächsischen Arbeiter referierte Kollege H. Schäfer über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und der neue Sozialismus“. Redner erläuterte eingehend die Ursache und die Wirkungen der Krise, betont, daß nur ein Faktor mächtig sei, den Kräfte, dem Kapitalismus überhand, Einhalt zu gebieten und das sei die moderne Arbeiterbewegung. Die Arbeiter seien auf sich selbst angewiesen und deren Zeit läge darin nur in der Organisation. Trotzdem die Krise Tausende von deutschen Familien betroffen hätte, Tausende der Noth, dem Hunger und dem Elend preisgegeben hätte, dürfte keiner der Herrschenden daran, den Arbeitern, die zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs dem Internerbetrieb unerschöpfliche Summen, ungenannte Millionen in Gestalt von Dividenden u. s. w. heraus wirtschafteten“, bestehend unter die Arme zu greifen. Das Begehrte sei der Fall. Selbst die Regierung des deutschen Reichs, dem doch auch außer Großgrundbesitzer, Großindustriellen, Beamten und Generale zwölf Millionen Arbeiter angebörten, nähme von der Krise resp. den Schäden derselben für die Arbeiter keine Notiz; sie arbeite immer weiter darauf los, das deutsche Volk durch indirekte Steuern, die die Rollen für Militarismus, Nationalismus, Kolonialismus, Abenteuer, monumentale Baudenkmäler u. s. w. zu decken, müßten, ganz dem wirtschaftlichen Ruin zu überantworten. Doch sei der Schaden nicht zu übersehen, den die Krise unter der arbeitenden Bevölkerung angerichtet hat und noch anrichten wird, sei wiederum von der Regierung dem deutschen Volk eine neue Belastung präsentiert worden der neu. Sozialist. Redner, der die einzelnen Positionen des Tarifs einer eingehenden Betrachtung unterzog, geißelte in scharfen Worten die Junkerpolitik Deutschlands. Seit der Zuchtbackenperiode sei gleich überflüssig Attentat auf das deutsche Volk unternommen worden, wie es durch den neuen Sozialismus entworfen beabsichtigt wird und das Alles wegen einer Pandoß Handl. jener Nachkommenschaft der mittelalterlichen Handwerker, die man getruet mit dem Namen „Moderne Handwerker“ belegen könnte, die noch viel raffziger, u. s. w. egoistischer seien als die Alten, nur mit dem Unterschiede, daß diese den Hand selbst persönlich ausübten, während die „modernen“ diese Arbeit dem Vater Staat überließen.

Enormer Schaden entsteht, wenn der Sozialist Weges würde.

Redner erinnerte nur an die Handelsverträge, die das Wohl der Industrie, des Handels und Verkehrs und ihrer Arbeiter so günstig beeinflusst. Es müsse der

jehtliche Wunsch eines jeden deutschen Patrioten sein, daß diese langfristigen Handelsverträge im Jahre 1903 wieder erneuert würden. Dies sei aber eine Unmöglichkeit, wenn der Tarif Gesetz würde, denn das Ausland würde sich eine solche exorbitante Höhe der einzelnen Zollsätze nicht bieten lassen. Die Zollverträge seien dann etwas Unvermeidliches; daran änderten auch die Monarchenzusammenkünfte nichts.

Weitere Vertriebsbeschränkungen, ein weiteres Sinken der Löhne, Zunahme der Arbeitslosigkeit. Verminderung der Kaufkraft des Arbeiters, Verschlechterung und der Volksgesundheit, das sei das Resümee unserer Wucherpolitik. Wenn den Arbeitern auch jetzt noch nicht die Augen aufgingen, dann sei denselben nimmermehr zu helfen, für sie gelte das Dichterwort:

Verträume die Zeit,
Berleue das Denken
Und mache stets ein Schatzgesticht.
Loß dich von jedem Schien lenken
Und höre er dich —
So mußt du nicht.

Nachdem der Referent die Anwesenden ersucht hatte, die Preisbewegung des deutschen Volkes gegen Erhöhung der Höhe ibratfähig zu untersuchen, schloß derselbe seinen 11 stündigen Vortrag unter reichem Beifall der Anwesenden.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heute am 8. September stattgehabene Versammlung jüdischer Arbeiter, mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Krise und der neue Zolltarifentwurf“, ist mit den Ausführungen des Referenten Roll H. Schäfer einverstanden. Sie erhebt, daß der Macht des Kapitals, das die Kräfte wie die Bölle auf landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse hervorruft, die Macht der Arbeit entgegengekehrt werden muß. Sie vertritt deshalb, mit aller Energie für die Organisation der Arbeitereintritte resp. mitzubeitenden, den Verband der in Gemeindefabriken beschäftigten Arbeiter auf die Höhe zu bringen, damit er allen Anforderungen, die man an eine Organisation stellt, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, gerecht werden und nachkommen kann.

Stellung. In der Mitgliederversammlung der Filiale, welche am 8. v. M. tagte, gab zunächst der Kartell-Delegierte den Kartellbericht. Es wurde beschlossen, die Mitglieder in Krankheitsfällen aus der Filiale zu unterstützen.

Folgende Stern erwiderte die Anwesenden um rechte Teilhabe an den Sammlungen für die ausbleibenden Glasarbeiter und für die Kostenbedeckung des unbekanntesten deutschen Glasarbeiters. Der Referent machte derselbe bekannt, daß am 8. Oktober eine Gewerkschaftsversammlung bei Möns, Vorwiesstraße, stattfinden, in welcher Gewisse Herren v. Bin das Referat hält. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vortragende die gut besuchte Versammlung.

Aus den Gemeinden.

Aus dem Reichs des Herrn Paulin. Unter dieser Signatur brachten wir in Nr. 18 eine Notiz, die sich mit einem Vorkommis der 1. Berliner jüdischen Delegationen-Anhalt beschäftigte.

Dieser muß Herr Paulin, den Vater des genannten Jüdischen, hierüber geärgert haben. Einem schönen Morgens trat Herr Paulin mit einem Zettel in der Hand vor die Angehörigen, und in einem Zine, der sonst nur unter Gasten jenen beliebt wird, machte er seinem Vornamen Lust. Er begann ungefähr folgendermaßen:

„Ich habe so ein Würdichtl zugesandt bekommen, welches ja weiter keinen Wert hat, als daß man es nach Ledorf schickt. Es heißt darin: Eine neue Bestimmung hat der Vorsteher der jüdischen Delegationen-Anhalt 1. erlassen, den Delegationen der Annahmestelle ist es verboten worden, fernüber ihre Mitglieder in dem dazu bestimmten Zimmer einzunehmen. Meine Herren, habe ich eine derartige Bestimmung erlassen? — Allgemein Schweigen, da Jeder schreit, entlassen zu werden, wenn er der Wahrheit gemäß mit „Ja“ antwortet.“

Paulin weiter: „Also Alles Schwindel, frech erlogen u. s. w.; wenn es nicht aufhöre, daß solche Dinge öffentlich behauptet werden, dann entziehe ich Ihnen die Mittagspause, dann können Sie sich bei den Herren bedanken, die das eingeleitet haben.“ Herr Paulin, das dann noch die fraglichen Delegationen vor kommen, die dann leider in ihrer Angst vor der Entlassung mit ihrer Unerschrockenheit begünstigen“, daß er nie eine derartige Verfügung erlassen habe.

Herr Paulin! In Ihr Gedächtnis thatsächlich so schwach, daß Sie innerhalb einer ganz kurzen Zeit sich akotul nicht mehr Ihrer Anordnungen erinnern können? Oder, verehrtester Herr, erlaubt Ihr Verhalten in der fraglichen Sache auch dem bewußten Schwindel?!

Sie, Herr Paulin, haben thatsächlich die von uns kritisierten Dinge angeordnet. Oder glauben Sie etwa, daß die Mannschaften, nachdem sie 5 Jahre im Appellat gegessen haben, jetzt plötzlich den Gang aufsuchen, um in der Nähe des Klosters ihre Mahlzeiten einzunehmen? Herr Paulin, haben Sie nicht etwa dem Baudirektor H. anbehalten, einen Tisch auf den Gang hinauszuweisen, damit die Leute dort essen können? Und jetzt wissen Sie von dem ganzen Vorgang nichts?

Wahrlich, wenn Ihre nächste Aufgabe jetzt sein, den erwähnten Baudirektor zu vernehmen, damit dieser Ihnen schriftlich bescheinigt, daß Sie ihm einen derartigen Befehl erteilt haben.

Können Sie doch derartige Komödien bei Seite. Wenn Sie, verehrtester Herr, meinen, unter „Würdichtl“ sei für Ledorf (jüdisches Viertel) gut, so können wir Ihnen nur den Rat erteilen, es lieber nicht zu

dem von Ihnen angebotenen Zweck zu verwenden. Unter „Würdichtl“ enthält sozialistische Hasillen — das wissen Sie ja, nebenbei bemerkt, am Besten, indem Sie es ja lange herant unterricht und dieleiden (Annonce von Dieg. Vorwärts“ zc.) gefunden haben — und da könnten Ihnen diese schließlich an einer ganz außerordentlichen Stelle infizieren, so daß womöglich Ihr bester Körpertheil eini Millionen von sozialistischen Hasillen aufzunehmen hat! Und Sie dabei lächelnd zu Grunde gehen!

Der wahre Charakter des oben erwähnten Herrn Paulin zeigte sich kürzlich bei folgender Gelegenheit wieder einmal in seiner ganzen Nacktheit. Der Vorsitzende der Berliner Betriebskrankenkasse ist der bekannte Gewerbegerichtsdirektor v. Schulz. Herr v. Schulz beachtet nun auch gegenüber den Arbeiter-Mitgliedern des Vorstandes der erwähnten Kasse die Regel der Höflichkeit und zieht ihnen zur Begrüßung die Hand. Dieses hatte vor nicht allzu langer Zeit Herr Paulin zu beobachten Gelegenheit und darüber geriet er denn aus dem Häuschen. „Es müßte zur Untergrabung der Disziplin, Autorität zc. führen, wenn ein Direktor den Arbeitern die Hand reichte“, so verließ Herr Paulin seiner Entzündung Ausdruck. — Dieser Vorgang fesselte Herrn Paulin zur Gänze; der Arbeiter steht seiner Meinung nach mit dem Hund so gleichmäßig auf ein und derselben Stufe.

Hundsdau.

Der sozialdemokratische Parteitag, welcher vom 23. — 28. September zu Lübeck tagte, nahm in Sachen der Hamburger Aktordmurer mit 280 gegen 3 Stimmen eine Resolution an, die es den örtlichen Partei-Organisationen überläßt, gegen dieleiden Stellung zu nehmen. Demnach werden voraussichtlich die für Lübeck in der Hamburger Aktordmurer in nächster aus den örtlichen Parteiorganisationen ausgeschlossen werden. — Wenn die angenommenen Resolutionen sind auch nicht beirrt, so berührt es uns doch etwas sonderbar, daß der Correspondent für Deutschlands Buchdrucker schreibt: „Der Parteitag hat sich mit Annahme dieses Antrages auf den Boden der Motive von verlassenen Zusichensgeleget stellt.“ — Wir gebden gewiß nicht zu denen, die alle Maßnahmen der sozialdemokratischen Partei ohne Weiteres für gut befinden, sondern sind befanntlich etwas „legisch“ veranlagt. Wir meinen dann aber doch, daß die Behauptung des „Correspondent“ unhaltbar ist und die Thatsachen nicht entspricht. — Wir sind von jeder für die Selbstständigkeit der Gewerkschaften eingetreten und werden in Zukunft genau auf demselben Standpunkt verharren. Die einseitige Ueberbetreibungen des „Correspondent“ in der fraglichen Sache können aber dem Selbstständigkeitsstreben der Gewerkschaften nur Schaden in den Weg legen. Daher wäre eine etwas größere Correctivität wohl am Plage gewesen.

Der Glasarbeiter-Ausstand ist zu Ungunsten der Ausständigen beendet. Es gingen ihnen die Geldmittel aus, weshalb sie den Kampf einstellen mußten. — Da die Unternehmer sich nun an den Ausständigen rächen, indem sie eine größere Zahl derselben nicht wieder einstellen wollen, so ist dringende Unterstützung für dieselben notwendig.

Annahmehme Briten des Vereinslebens. In der Geschichte der rechtlichen Vereine von Köchel schreibt Polowatz darüber folgendes:

In den meisten Arbeitervereinen und auch in anderen Vereinen anderer Gesellschaftsklassen findet sich eine Zahl von berabter Menschen, die unter einem ungenügenden Gesittungsbildung zu sein scheinen, welche jedoch, wenn sie in der Masse der Mitglieder gleichsam aufzusinken, deren Stimmung stets verfinstert. Sie treten einem Verein bei, scheiner um mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Werte, in der That aber nur, um zu kritischen, ohne zu befehlen, das besser zu machen, wovüber sie sich aufhalten. Sie bezeugen nicht die Vorzüge des Vereins, um diesen zu verheißigen, sondern eripaden alle Schwächen, um sie dem gemeinamen Feind zu veratenden, den Genossen lassen sie ihre vorwärtende Unzufriedenheit fühlen, die ihre Gegenwart zu einer wahren Strafe wird und ihr das Gefühl nicht bei euren Freunden, sondern der euren Gegnern zu suchen hätte; einem jeden propheten sie so lange, daß die Sache nicht gehen wird, bis sie selbst nicht jeden Erfolg verneint haben, und nun beunruhigt sie noch Anrechnung für ihre verabschiedete Prophezeiung und achtingsvollen Dank für ihre Hülfe, die auch zum Fallrück geworden ist. Sie sind die Wegelagerer des Fortschritts, die jeden, der diesen Weg einschlagen will, in Unruhe verlegen; sie halten euch auf und berauben euch eurer Hoffnungen, sie sind die Jages und die Tarnung der Demokratie, und nur kluge und starke Leute vermögen ihnen zu entweichen oder ihnen Trost zu bieten.

Gegen die Krankengeld-Zuschußkasse.

In Nr. 19 der „Gewerkschaft“ wird in dem Bericht der Filiale Berlin Ia (Gesamtzahl Danagelverträge) berichtet, daß die Versammlung folgen des beschlossen hat: „Es ist eine Extraleute von 20 M. pro Woche zu erheben, wofür den Mitgliedern im Falle der Erkrankung nach wöchentlichem Krankengeld eine wöchentliche Krankengeldunterstützung von 5 M. gewährt werden soll.“

Im Voraus ist zur Charakterisierung der Filiale der erwähnten Filiale zu bemerken, daß dieselbe am 9. Oktober 1900 nachfolgendes Resultat über die Urabstimmung des Entwurfs zum Krankenfamiliat dem Verbandssekretariat zugesandt hat: „Von der Versammlung der

Filiale Berlin Ia wurden die Statuten der Krankengeld-Zuschußkasse einstimmig angenommen. Anwesend waren 24 Mitglieder. A. Brog, stellvertretender Vorsitzender, Hr. Gipp, Schriftführer, A. Adert, Kassierer.“

Gleich nachdem die Kasse ihre Tätigkeit begonnen, haben dann auch 117 Verbandsmitglieder dieser Filiale den Beitritt zur Kasse vollzogen. Um es den Mitgliedern recht bequem zu machen, wurden sogar 2 Zählstellen — Weihenfer und Berlin — errichtet. Beide Zählstellen haben im 1. und 2. Quartal inkl. Eintrittsgelder zusammen 648 15 M. eingenommen; hieron sind an die Hauptkasse 280 M. gefandt worden; davon hat jede Zählstelle 50 M., also zusammen 100 M. als Zuschuß zurück erhalten. In den Monaten Juli und August verlangten ferner beide Zählstellen weitere Zuschüsse, die aber die Hauptkasse wegen ihrer eingetretenen Leistungsunfähigkeit nicht bewilligen konnte.

Für Kranken-Unterstützung haben beide Zählstellen im 2. Quartal, resp. in den Monaten Mai und Juni allein 249 M. ausgezahlt. Für örtliche Verwaltungsausgaben wurden 4 67 M. und für Entschädigung der Geschäftsführung 11 85 M. verbraucht. Zieht man den Zuschuß von 100 M., welchen die Hauptkasse an die Filiale gefandt hat, von den der Hauptkasse überzuleisten 280 M. ab, so hat die Filiale Berlin Ia thatsächlich nur 180 M. an die Hauptkasse eingefandt. Wie bereits erwähnt, sind von den Geschäftsführern der Filiale im Laufe der Monate Juli und August weitere Anträge wegen Ueberweisung von Zuschüssen an die Hauptkasse gerichtet worden; ein Beweis, daß die Wochenbeiträge sämtlicher Kassen-Mitglieder bei der Zahlreife nicht ausreichten, die nötigen Ausgaben für die Krankenunterstützungen ihrer Mitglieder zu decken. Ein Beweis ferner dafür, daß die Filiale Berlin Ia eine jener Filialen ist, die mit einem bedeutenden Prozentanfänger framer Mitglieder zu rechnen hat und demzufolge nicht in der Lage war, die Krankenunterstützungen, welche die Krankengeld-Zuschußkasse vor dem 15. August gewährt hat, für ihre Mitglieder dauernd aufzubringen. Die genannte Filiale gehört denn auch mit zu denjenigen Zählstellen, welche die Krankengeld-Zuschußkasse in Bezug auf Unterstützung verhältnismäßig sehr oft in Anspruch genommen haben.

Anstatt nun hierauf Rücksicht zu nehmen, und sich ihres Beschlusses vom 9. Oktober 1900 zu erinnern, worin ausdrücklich festgelegt wird, daß die Filiale der Filiale Berlin Ia mit dem von der Kommission ausgegasteten Statut-Entwurf einverstanden sind, beschließt dieselbe Filiale in ihrer letzten Versammlung eine Extraleute von 20 M. pro Mitglied und Woche zu erheben, um hieron den erkrankten Mitgliedern einen Zuschuß zum Krankengeld der geschilderten Krankenkasse gewähren zu können, d. h. die Filiale Berlin Ia erachtet den Beschluß der Generalversammlung des Verbandes, welcher befragt: Die Krankengeld-Zuschußkasse ist auf zentraler Basis zu errichten, weil es den einzelnen Filialen an den befähigten Kräften und auch an Zeit i. h. die notwendigsten Besätze zu erheben“, für null und nichtig, indem sie der bestehenden Ag. 3. A. Konkurrenz bietet und ein Unterstützungssystem einführt, welches weit über das zulässige Maß einer „Filialen-Unterstützung“ hinausreicht.

Daß die Krankengeld-Zuschußkasse unter den in der „Gewerkschaft“ wiederholt geschilderten Umständen nicht existenzfähig sein konnte, sollte den Mitgliedern der Filiale Berlin Ia umso mehr ein Ansporn sein, die Kasse wieder auf die Beine zu helfen, da doch die Filiale, resp. deren erkrankte Mitglieder dazu beigetragen haben, die ungenügende Zwanziglage der Kasse herbeizuführen. Nun aber die Notwendigkeit es erheischt, sich mit weniger hohen Unterstützungen zu begnügen, werden alle Prinzipien mißachtet, die Krankengeld-Zuschußkasse einfach ad acta gelegt und auf Ungezweife hinaus ein eigenes Unterstützungssystem eingeführt. Ob das System dauernd durchführbar ist, ob die von dem Verbands errichteten Institutionen hierdurch illusorisch gemacht werden, das auch nur zu erörtern, hält man gar nicht für notwendig. Die einzige Lösung ist: nur heraus aus R. 3. 2. dort ist ja zur Zeit Nichts zu holen.

Ein derartiger Standpunkt ist unter allen Umständen verwerflich.

Leider bietet das Verbandsstatut einer solchen Handlungsweise gegenüber keine Hindernisse. Sache der nächsten Generalversammlung des Verbandes muß es sein, das Unterstützungswesen einberichtig zu regeln.

Da die gesundheitslichen Verhältnisse der Glasarbeiter, wie die Erfahrungen gelehrt haben, und im Allgemeinen sehr ungenügend sind, erhebt es sehr fraglich, daß die Filiale Berlin Ia dauernd im Stande sein wird, den Mitgliedern die seitens der Unterstützung von 5 M. pro Woche gegen eine Extraleute von 20 M. auszahlen zu können.

Wer den Vierteljahres-Abrechnungen des Verbandes auch nur einer oberflächlichen Durchsicht gewidmet hat, wird gefunden haben, daß diejenigen Filialen, deren Mitglieder in Gaswerten beschäftigt sind, ganz beachtliche Summen für Krankenunterstützungen aufgewendet haben. In einigen Filialen ist infolge dessen der Kassenbestand enorm gesunken. So ist z. B. der weitere Kassenbestand der Filiale Berlin Ia (Gesamtzahl Danagelverträge) einzig und allein dadurch bedroht worden, weil die Filiale in jedem Quartal hohe Summen für Krankenunterstützungen ausgegeben hat. Auch die von den Mitgliedern der Filiale erbobene Extraleute haben nicht vermocht, genügende Kassenverhältnisse zu schaffen.

Es muß deshalb davor ernstlich gewarnt werden, daß etwa andere Filialen dem Beispiel der Filiale Ia folgen.

G. Damm.

An die Mitglieder der Krankengeld-Zusatzkasse.

Wie es scheint, hat unter den Mitgliedern in Folge der herabgesetzten Leistungen eine begriffliche Verwirrung Platz gegriffen.

Wer jemals einer freien Hilfskasse angehört hat, wird voraussetzen haben, daß die Krankengeld-Zusatzkasse bei den niedrigen Beiträgen nicht im Stande sein wird, auf die Dauer die verhältnismäßig hohen Unterhaltungen zu decken. Von den meisten Hilfskassen werden bedeutend höhere Beiträge verlangt. Dadurch, daß sich die auszunehmenden Personen der Hilfskassen vorher ärztlich untersuchen lassen müssen, wird dem Simulantenunwesen von Hause aus ein Neger vorgeschoben. Sindem ich trotzdem noch faule Elemente in den Hilfskassen vor, so haben die letzteren doch durch die langjährige Praxis Mittel und Wege gefunden, sich solche Mitglieder vom Hause zu schaffen. Ueberhaupt haben wohl auch sämtliche Hilfskassen zu Anfang ihres Bestehens mehr oder weniger mit Simulanten zu kämpfen gehabt, welche erst im Laufe der Zeit durch die praktischen Erfahrungen beseitigt worden sind.

Das Statut der Krankengeld-Zusatzkasse hat in Bezug auf ärztliche Untersuchung keine Bestimmungen aufzuweisen; ebensowenig ist eine bestimmte Altersgrenze bei der Aufnahme von Personen vorgegeben. Dadurch ist selbstverständlich dem Simulantenunwesen Thür und Thor geöffnet, und die Krankengeld-Zusatzkasse befindet sich ganz enorm zu leiden. Deshalb ist es notwendig, daß das Statut dementsprechend abgeändert bzw. vervollständigt wird, auch auf die Gefahr hin, daß einige Mitglieder nicht nur der Kasse, sondern auch der Organisation den Rücken kehren. Es sind dies diejenigen Mitglieder, die eben dem Grundgedanken, was ich eingezahlt habe, muß ich doppelt und dreifach wieder herausgeben. Derartige Mitglieder verdienen gänzlich den Zwang einer Hilfs- resp. Zusatzkasse; sie können oder wollen nicht begreifen, daß solche Kassen nur deswegen in Existenz zu erhalten sind, weil die Mitglieder in Krankheitsfällen vor Noth und Mangel zu schützen und ihnen event. während der Rekonvaleszenz eine bessere Pflege zu sichern. Sie geben vielmehr systematisch darauf aus, unter dem Vorwand, mit dieser oder jener Krankenkasse zu sein, sich auf Kosten der restl. Mitglieder und bandernden Mitglieder zu bereichern und zu verhehlen.

Ich meine, es wäre besser und zweckmäßiger gewesen, wenn der Statuten-Entwurf seiner Zeit den Verbandmitgliedern mit der Aufgabe unterbreitet worden wäre, daß etwaige Abänderungs- oder Zulageanträge der eingegrenzten Kommission bis zu einem bestimmten Termin eingereicht werden könnten. Die Kollegen hätten hierdurch Gelegenheit gehabt, ihre praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiete zu verhandeln.

Genügt wäre so manche wichtige Anregung für die Kommission zu Tage getreten. Das Recht, die von den Verbandmitgliedern etwa in Vorschlag gebrachten Bestimmungen resp. Änderungen des Entwurfs anzuerkennen oder abzulehnen, hätte selbstverständlich der Kommission eingeräumt werden müssen.

Der gegenwärtige Zustand ist jedenfalls auf die Dauer nicht haltbar wenn man bedenkt, daß einzig und allein der Verbandsvorstand und Ausschuss heute diese und über 14 Tage jene Statutenänderung vornehmen kann. Zuletzte sind sich kein Geschicklicher, geschweige denn die Mitglieder der Kasse in dem Statut zurück. Das Statut würde bald so lächerlich sein, daß es nie und nimmer als Richtschnur dienen könnte. Auch kann ich mich nicht so bewegen nicht mit der Taktik des Verbandsvorstandes in dieser Sache für einverstanden zu erklären, weil dieselbe mit dem Prinzip der modernen Arbeiterbewegung nicht harmonisch ist. Ich bin nicht gewillt, dem Verbandsvorstand und Ausschuss deswegen Vorwürfe zu machen, sondern nehme an, daß die beiden Körper sich aus künftigen Zeit in einer besseren Situation befinden haben, welche durch schnelles Eingreifen seitens des Verbandsvorstandes und Ausschusses beseitigt werden muß.

Es dürfte den Mitgliedern noch einmüthlich sein, was für ein Sturm in der denselben losbrach, als der Vorstandsbekanntmachung im Verleß der Einzelnen den Mitgliedern unterbreitet wurde. Einem Theil der Kollegen ist die Verabfolgung, wobei zu urtheilen, gänzlich abhandeln gekommen, indem sie nicht nur der Kasse, sondern sogar der Organisation den Rücken kehren wollen. Es sollte doch nicht jeder Kollege die Frage aufwerfen: sind es die Simulanten, die das Fortkommen der Kasse in Frage stellen, oder sind es wirklich die Kranken Mitglieder. Ist das Erste richtig, so werden wir uns der Taktik der freien Hilfskassen anpassen müssen, trifft das Letzte aber zu, dann ist es unsere Pflicht, die Kranken zu unterstützen. Einzelnerweise haben es sich die organisierten Arbeiter zur Aufgabe gemacht, dahin zu wirken, daß das Krankengeld so erhöht werden soll, daß der Kranke bei seiner Krankheit nicht noch hungern braucht. Deshalb kann ich nicht ohne zu verziehen, daß der Kommissionsbericht auf Kosten der Kranken zusammen gebracht werden soll, denn ich dem Abschluß von dem 2. Quartale würde ein Ausschluß an Krankengeld in der Höhe von 624 Mk. zu verzeichnen sein. Ich meine, das ist etwas, das die Kasse mit den jetzigen Beiträgen nicht auskommen kann und wir daher geneigt sind, dieselben so weit zu erhöhen, daß die früheren Unterhaltungsgehälter wieder gezahlt werden können und der Reservefonds wieder nach und nach angefüllt wird. Ferner ist den Mitgliedern das Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Dieses ist in einem Nachtrage zusammen zu fassen und den Mitgliedern zur Urabstimmung vorzulegen, damit die Geschäfte der Kasse wieder in ruhige Bahnen gelenkt werden, und kein Mitglied, dem das Wohl der Kasse am Herzen liegt, würde nach dem Beschlusse kommen. Ich bin in der Lage, einige Zahlen der Betriebskasse der Stadt Magdeburg zum

Verleß geben zu können. Die Beiträge derselben betragen 2 pCt. von dem zu Grunde gelegten Tagelohn.

Es übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um:

1895	593 91 Mk.
1896	1728 45
1897	3225 56
1898	—
1899	1839 78
1900	6563 40

1898 wurde ein Plus von 1445,19 Mk. konstatiert.

Krankentage entfielen auf:

Jahr	männl. Mitgl.	weibl. Mitgl.
1896	113	—
1897	114	12
1898	93	73
1899	119	5
1900	113	148

Hervorzuheben ist noch, daß die Betriebskasse ihre Leistungen dadurch herabsetzte, indem sie für Sonntage kein Krankengeld zahlte und die Beiträge auf 3 pCt. erhöht wurden. Man ersieht auch hieraus, daß eine Kasse nicht existenzfähig ist wenn die Einnahmen mit den Ausgaben nicht balancieren. Ferner steht mir noch eine Statistik der deutschen Krankenversicherung vom Jahre 1898 zur Verfügung. Da hier nur die Betriebskassen in Frage kommen muß ich mich auf dieselben beschränken. Auf je 100 Mitglieder 41,81 Gr. frankte. Entschädigte Krankentage auf 100 Mitglieder 679,4. Möge ein jeder Kollege im Auge behalten, daß selten eine Institution gleich vollkommen ist. In der Regel, wenn die Sache dem Betrieb übergeben wird, zeigen sich erst die Schäden, wie man zu sagen pflegt, die Art der Krankheiten stellen sich ein. Das ist im letzten Hilfskassen ebenso gegangen. So möge jeder Einzelne nach seinen Kräften mitarbeiten, damit es auch mit unserer Zusatzkasse besser werde. Besonders empfehle ich dem Vorstande, mit den Mitgliedern mehr Verbindung zu nehmen, um gemeinsam über das Wohl und Wehe der Kasse zu beraten, denn die bürokratische Verwaltung hat unter den Mitgliedern Verwirrung erzeugt. Und wie jedes Mitglied von dem guten Zweck der Kasse überzeugt ist und sich den Grundgedanken zu eigen macht: Ich will lieber Beitragsgeld bezahlen, als Krankengeld beziehen, dann wird auch unsere Arbeit durch den Erfolg gekrönt werden.

Berichtigung.

Die in dem „Kriegsgeheim“ der Nr. 2 der „Gewerkschaft“ gegen den „Hauptausführer“ Arbeiter Heberle veröffentlichten Thatsachen beruhen auf falschen Unterlagen. Wir nehmen hierdurch die dem Redaktionsrat zugelegten Verleumdungen mit dem Ausdruck des Bedauernisses zurück. Berlin, den 18. September 1901.

Arbeiter Franz Wodewitz. Arbeiter Fritz Gipp. Redakteur Bruno Boersch.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Mitteilungen, die ohne Veranlassung regelmäßig an bestimmten Tagen abgeben, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

- Berlin I.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 17. Oktober.
- Berlin II.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 18. Oktober.
- Berlin III.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 19. Oktober.
- Berlin IV.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 20. Oktober.
- Berlin V.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 21. Oktober.
- Berlin VI.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 22. Oktober.
- Berlin VII.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 23. Oktober.
- Berlin VIII.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 24. Oktober.
- Berlin IX.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 25. Oktober.
- Berlin X.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 26. Oktober.
- Berlin XI.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 27. Oktober.
- Berlin XII.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 28. Oktober.
- Berlin XIII.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 29. Oktober.
- Berlin XIV.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 30. Oktober.
- Berlin XV.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 31. Oktober.
- Berlin XVI.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 1. November.
- Berlin XVII.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 2. November.
- Berlin XVIII.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 3. November.
- Berlin XIX.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 4. November.
- Berlin XX.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 5. November.
- Berlin XXI.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 6. November.
- Berlin XXII.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 7. November.
- Berlin XXIII.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 8. November.
- Berlin XXIV.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 9. November.
- Berlin XXV.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 10. November.
- Berlin XXVI.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 11. November.
- Berlin XXVII.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 12. November.
- Berlin XXVIII.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 13. November.
- Berlin XXIX.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 14. November.
- Berlin XXX.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 15. November.
- Berlin XXXI.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 16. November.
- Berlin XXXII.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 17. November.
- Berlin XXXIII.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 18. November.
- Berlin XXXIV.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 19. November.
- Berlin XXXV.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 20. November.
- Berlin XXXVI.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 21. November.
- Berlin XXXVII.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 22. November.
- Berlin XXXVIII.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 23. November.
- Berlin XXXIX.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 24. November.
- Berlin XL.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 25. November.
- Berlin XLI.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 26. November.
- Berlin XLII.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 27. November.
- Berlin XLIII.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 28. November.
- Berlin XLIV.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 29. November.
- Berlin XLV.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 30. November.
- Berlin XLVI.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 1. Dezember.
- Berlin XLVII.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 2. Dezember.
- Berlin XLVIII.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 3. Dezember.
- Berlin XLIX.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 4. Dezember.
- Berlin L.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 5. Dezember.
- Berlin LI.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 6. Dezember.
- Berlin LII.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 7. Dezember.
- Berlin LIII.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 8. Dezember.
- Berlin LIV.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 9. Dezember.
- Berlin LV.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 10. Dezember.
- Berlin LVI.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 11. Dezember.
- Berlin LVII.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 12. Dezember.
- Berlin LVIII.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 13. Dezember.
- Berlin LIX.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 14. Dezember.
- Berlin LX.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 15. Dezember.
- Berlin LXI.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 16. Dezember.
- Berlin LXII.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 17. Dezember.
- Berlin LXIII.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 18. Dezember.
- Berlin LXIV.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 19. Dezember.
- Berlin LXV.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 20. Dezember.
- Berlin LXVI.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 21. Dezember.
- Berlin LXVII.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 22. Dezember.
- Berlin LXVIII.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 23. Dezember.
- Berlin LXIX.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 24. Dezember.
- Berlin LXX.** (Kantale) Vortragsabend, Mittwoch, den 25. Dezember.
- Berlin LXXI.** (Kantale) Vortragsabend, Donnerstag, den 26. Dezember.
- Berlin LXXII.** (Kantale) Vortragsabend, Freitag, den 27. Dezember.
- Berlin LXXIII.** (Kantale) Vortragsabend, Samstag, den 28. Dezember.
- Berlin LXXIV.** (Kantale) Vortragsabend, Sonntag, den 29. Dezember.
- Berlin LXXV.** (Kantale) Vortragsabend, Montag, den 30. Dezember.
- Berlin LXXVI.** (Kantale) Vortragsabend, Dienstag, den 31. Dezember.

Achtung! Achtung!

Mitglieder der Filialen Berlin, Hirschdorf, Tegel, Westend, Schmargendorf und Friedrichshagen zu

Sonntag, d. 13. Oktober, Abds. 5 Uhr: — Kombinierte —

Mitglieder-Verammlung

mit Familienangehörigen im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. Nach Schluß der Versammlung ermüthliches

Selbstmessen mit Tanz. — Entree 10 Pf. Um zahlreichen Besuch bitten Der Ausschuss der Berliner vereinigten Filialen

Achtung! Achtung!

Städtische Arbeiter Magdeburgs. Sonntag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr:

Öffentl. Versammlung

aller städtischen Arbeiter im gr. Saale des Prin. Albert-Paters. Knochenhauerstraße 27/28

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Verbands-Sekretärs Roll. Poersch. 2. Bericht des Vertrauensmannes und Beurteilung von

Katationsarbeiten. 3. Stellungnahme zur Krankenversicherung. 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden städtischen Arbeiters pünktlich zu erscheinen. Der Vertrauensmann. Julius Burthardt, Vortrags-14.

Bau- und Sparverein.

der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter u. Angestellten, eingetragene Genossenschaft mit beschränk. Haftung. Donnerstag, den 21. Oktober, Abds. 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand der

Verwaltung des Vereines. 2. Erwahlung eines Vorstandes. 3. Erwahlung eines Aufsichtsrates. 4. Verschiedenes. Bruno Poersch, C. Tamm

Unseren Verbands- und Arbeitskollegen

August Schoenberger

zu seinem am 20. September er. nachgeblieben 25jährigen Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Der Vorstand der Filiale Berlin III.

Filiale Hamburg.

Unseren Kollegen G. Roggmann

anlässlich seiner silbernen Hochzeit herzlich Gratulation. J. A. Der Vorstand.

Filiale Hamburg.

Unseren Kollegen G. Mathias

anlässlich seiner silbernen Hochzeit herzlich Gratulation. J. A. Der Vorstand.

Ladewig's Bier-Stuben

Commandantenstr. 65. Vorzügliches Weib- und Baitrisch-Bier.

Vereinigungsraum für 40 Personen. Franz. Stillard. Telephon. Jubiläum der „Freien Volksbühne“.

Filiale Hamburg.

Edesa-Anzeiger. Am 24. September starb unser Kollege, das Mitglied

H. Mindorf. Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.